pixelpark
bau dir die welt
wie sie dir gefällt.
zeitung und programm oktober 2003

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 2488660
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Kein Fußbreit den FaschistInnen, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig,

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

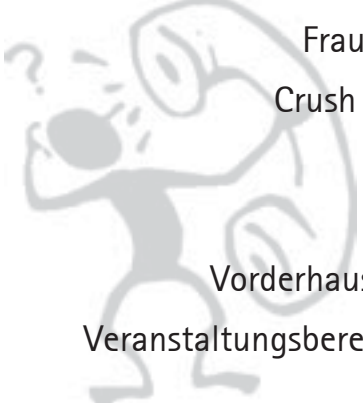
inhalt

Demoaufruf nach Magdeburg	3
WTO Treffen in Cancún	4
Demoaufruf für Wagenplatz OS	7
Kampf für Windmühlen	8
Die Zahlenkünstler	10
Kinder, Küche, Kurzzeitjobs	12
Reise nach New York	14
Tschetsch.: Der Morgen war still	16
30 Jahre Putsch in Chile	20
Der Marsch der Margeriten	24
Voll krasse Bildung	27
Friss die Hälfte oder Amputation	28
Vermischtes	30
Rechtshilfe Comix	31

Zusätzliche Telefon-Nr.

Das Alhambra hat eine neue Telefonanlage bekommen. Jetzt ist es möglich bestimmte Telefone direkt anzuwählen.

Die Direktwahlnummern lauten:



Frauenraum	217064-86
Crush hour	217064-87
FAX	217064-89
Archiv	217064-90
Vorderhaus Info-Café Compi-Raum	217064-91
Veranstaltungsbereich Kneipe Saal	217064-92

Linke Politik verteidigen!

25. 10. `03 in Magdeburg

Freiheit für Marco, Daniel, Carsten und alle anderen politischen Gefangenen!

Seit Ende vergangenen Jahres sieht sich die Magdeburger Linke staatlichen Angriffen ausgesetzt. Drei Genossen sitzen wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" in Untersuchungshaft, Marco und Daniel seit dem 27. November 2002, Carsten seit dem 16. April diesen Jahres. Fünf weitere Personen sind beschuldigt. Vorgeworfen werden ihnen Brandanschläge auf Fahrzeuge von Großkonzernen, des Landeskriminalamtes (LKA) und auf ein Fahrzeug des Bundesgrenzschutzes (BGS). Unter den Gruppennamen „Kommando: Freilassung aller politischen Gefangenen", „Kommando Globaler Widerstand" und „Revolutionäre Aktion Carlo Guiliani" sollen sie die Anschläge begangen haben.

Marco, Daniel und Carsten sind nach dem § 129a StGB angeklagt. Die Kriminalisierung linken Widerstandes anhand der §§ 129 und 129a ist nicht neu. Als Gesinnungsparagraphen dienen diese der Durchleuchtung linker Strukturen und Organisationen und sollen letztlich ihre Zerschlagung ermöglichen. Auch ohne einen konkreten Tatnachweis ist eine Verurteilung möglich. Von bewaffnet kämpfenden Gruppen, über Widerstandsbewegungen aus anderen Ländern bis zu autonomen AntifaschistInnen wurden in der Geschichte der BRD politische AktivistInnen nach den §§ 129 und 129a angeklagt.

Im Zuge ihres Konstruktes einer „terroristischen Vereinigung" versuchen Staatsschutz und Bundeskriminalamt (BKA) die linken Strukturen in Magdeburg zu kriminalisieren. Hausdurchsuchungen sowie eine Razzia im Autonomen Jugendzentrum Dessau wurden durchgeführt, Kameras vor linken WGs installiert, Telefone abgehört und zahlreiche GenossInnen persönlich bespitzelt. Die legal arbeitende Gruppe „Autonomer Zusammenschlusz" wird mittlerweile von Seiten der Bundesanwaltschaft (BAW) in einen engen Zusammenhang mit der angeblichen „terroristischen Vereinigung" gebracht.

Die staatlichen Angriffe auf die organisierten Strukturen in Magdeburg und die Verhaftungen der drei Genossen verlangen eine Antwort. Der Angriff auf die GenossInnen in Magdeburg, ist ein Angriff auf die gesamte Linke. Solidarität mit den drei Gefangenen, sowie der Magdeburger Linken ist eine Notwendigkeit!

UnterstützerInnen:
Anti-Knast-Gruppe Dresden, Antifa Hagen, antifa hg Bad Homburg, Antifaschistische Aktion Hannover [aah], Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen, Antifaschistische Aktion Rendsburg [AARD], Antifaschistische Initiative Heidelberg, antifaschistische linke berlin [ALB], Antifaschistisches Komitee [AK] Bremen, Antifaschistisches Plenum und Jugend Antifa Aktion [JAA] Braunschweig, Autonome Antifa [f] Frankfurt/Main, Autonome Antifa Gruppe Bremen [AAGB], Autonome Antifa Ludwigsburg, Autonome Antifa Lüdenscheid [AAL], Autonome Antifa [M] Göttingen, Autonome Antifa Nordost [aano] Berlin, Autonome Antifa Schwerin, Autonomer Zusammenschlusz Magdeburg, Autonomes Zentrum (im Exil) Heidelberg, Gruppe Paula, Initiativ e.V. - Verein für Demokratie und Kultur von unten Duisburg, junge Autonome München, Komission für eine Rote Hilfe International, Libertad!, Offene Antifa Münster (OAM), Rote Hilfe Bundesvorstand, Rote Hilfe Dresden, Rote Hilfe Hamburg, Rote Hilfe Magdeburg, Rote Hilfe München, Rote Hilfe/Revolutionärer Aufbau Schweiz, Soligruppe Magdeburg / Quedlinburg, Organisierte Autonomie Nürnberg, Venceremos Magdeburg, Oldenburger Rechtshilfe, Antifa Cafè, Alhambra Zeitung,

Lasst uns am 25. Oktober 2003 in Magdeburg auf die Straße gehen!

Marco, Daniel und Carsten müssen freigelassen werden!

Ihr Kampf gegen staatlichen Terror und kapitalistische Ausbeutung ist auch unser Kampf!

Weg mit den §§ 129, 129a und 129b! Weg mit Kapitalismus und Polizeistaat!

VA: siehe Seite 31!

Der nächste Zug fährt nach Genf

gestohlen von indymedia

Es handelt sich bei dem Text um eine Übersetzung aus dem Spanischen und ist an manchen Stellen nicht ganz so chic. Um einen groben Überblick der Ereignisse und Hintergründe zu bekommen ist er jedoch geeignet, dachten sich Teile der ***Redax.***

Die WTO-Konferenz in Cancun ist gescheitert! Bei der letzten Großdemonstration in Cancun waren nach unterschiedlichen Angaben 10.000 oder bis zu 15.000 auf der Strasse. DPA/Reuters, zwei Global Player des Nachrichtenbusiness, die die Weltpresse mit Kurzzusammenfassungen beliefern, trauten sich ans Geschehen wohl nur von der Polizeiseite heran, so bemerkten sie ganze 2000 davon. Dies entspricht ungefähr der Zahl der Menschen die in die Roten Zone eindrangen . Diese wollten u.a. eine Trauerfreier für den Agrar-Aktivisten Lee Kyung-Hae, der zuvor den Freitod als Protestform wählte, abhalten. Eine mit Bolzenschneidern ausgerüstete internationale Frauengruppe ermöglichte zuvor diesen Durchbruch.
Immer wieder wurde während der Aktionstage die „Rote Zone" angegriffen
Auch innerhalb des Sperrgebietes fanden die gesamte Woche über Blockaden und andere Aktionen statt. Bei der Konferenz selbst protestierten Angehörige von Nichtregierungsorganisationen (NGO's).

Weltweite Aktionstage sorgten dabei zusätzlich für Bewegung - allein in Indien protestierten Hunderttausende landesweit. Letztlich scheiterte die Konferenz am Widerstand der Länder der Mehrheitswelt, Kenia verließ demonstrativ die Verhandlungen als Reaktion auf unannehmbare Vorschläge der USA/EU. Offenbar sollen diese in Genf „bis zum 15.12" auf administrativer Ebene mit weniger Öffentlicheit wieder aufgenommen werden. Dort soll auch der Einfluß der „Entwicklungsländer" vermindert werden.

Während ein prominenter„Globalisierungskritiker" die Globalisierung schon für beendet erklärte, trafen sich die Eliten der WTO- (Welthandelsorganisation/ World Trade Organization) Mitgliedsstaaten in dem mexikanischen Badeort Cancun und entschieden über die Zukunft der Welt.
Diese „Experten" und Diplomaten entscheiden in „informellen Gesprächen" ohne Protokoll und oftmals ohne Delegierte der betroffenen Länder über Leben und Tod von Millionen von Menschen. Dies wird am erschreckendsten am Beispiel der von der Pharmaindustrie betriebenen Kampagne gegen erschwingliche Aids-Medikamente für die armen Länder sichtbar. Doch ist dies nur ein Teilaspekt der von der WTO erlassenen „Abkommen" wie TRIPS und GATS. Durch GATS wird öffentliches Allgemeingut wie Wasser, Bildung, Gesundheitsversorgung, Kultur privatisiert und Profitinteresse untergeordnet.

Seattle-Doha-Cancun

Diesmal beging die WTO den Fehler sich in der Nähe einer der Hauptursprungsgebiete der weltweiten Bewegung der Bewegungen zu treffen: Chiapas, anders als zuletzt in der unzugänlichen Wüste der Monarchie Katar, in der jeglicher Protest verboten ist. Diesmal wurden erstmals an einem globalen Aktionstag weltweit Blockaden und direkte Aktionen geplant um die Abreise der Delegierten zu markieren. In Cancun waren gleichzeitig Zehntausende vor Ort.

Auf dem Weg nach Cancun

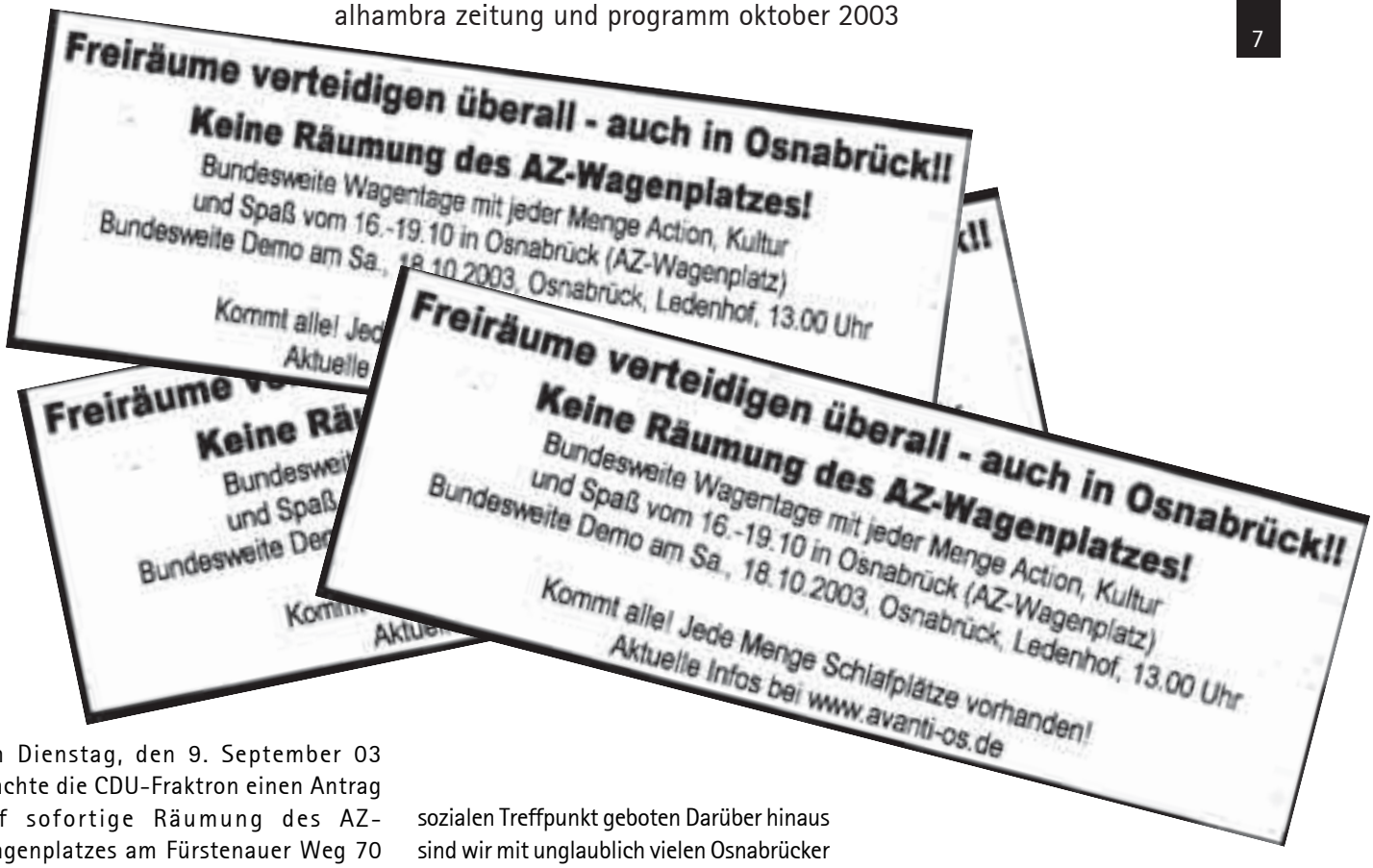
Der weltweite Widerstand einer Koalition aus fast allen gesellschaftlichen Bereichen von Anarchist/inn/en über NGO's (Greenpeace allein entsendet 24 Fachleute) bis Zapatistas stellten sich dieser globalen

Gefahr, die die WTO darstellt auf allen Ebenen entgegen. Der Zug des Neoliberalismus sollte entgleisen (engl.: derail), dabei wurde nicht nur durch theoretische Analysen aufgezeigt, wie dieser und seine Institutionen nur eine neuere Form des Kapitalismus sind.
Direkte Auswirkungen der Globalisierung, also Flüchtlingsströme werden unterdrückt. Daher finden in Fürth Aktionstage gegen staatsrassistische Abschiebelager statt. Bei der europäische Demonstration im Vorfeld protestierten 20 tausend Menschen in Riva. Außerdem fand eine Konferenz zu dem Thema statt an der TU-Berlin. Zuvor waren in Larzac in Frankreich über 250 000 Protestierende zusammengekommen.

Bis zur letzten Minute ging das Feilschen um die Millionen von Menschenleben die von den billig herzustellenden Aidsmedikamenten abhängen. Während realistische Schätzungen davon ausgehen, daß innerhalb weniger Jahre 68 Millionen Menschen an AIDS sterben werden, können sich gerade mal 4% der im globalen Süden (z.B. Afrika oder Südamerika) HIV-Infizierten die hoffnunglos überteuerten Präparate leisten die von den westlichen Pharma-Monopolisten vertrieben werden. Das können vor allem die wenigen weißen Kranken in reichen Ländern wie den USA oder BRD.
Mit Hilfe von sogenannten Generika, Präparaten die ohne die horrenden Lizenzgebühren zu zahlen hergestellt worden waren in Ländern wie Indien, sollte zumindest ein Teil der Kranken in den armen Ländern der Mehrheitswelt versorgt werden. Doch die Patentinhaber, diemonopolistischen Pharmakonzerne wollen das mit aller Macht verhindern.
Zuerst klagten sie (darunter Firmen wie Bayer, Hoechst, Novartis, Schering) gegen Südafrika weil Nelson Mandela ein Gesetz erlassen hatte das die Einfuhr solcher Mittel erlauben sollte. Erst nach massiven weltweiten Protest ließ die Pharmaindustrie einen Kompromiss zu.
Doch es war nur ein kurzer Pyrrhussieg, denn die Pharma-Lobby brachte das Thema vor die von den Konzernen gestützen Regierungen dominierte WTO. Dort sollten aufgrund des TRIPS-Abkommens, das Patente regelt, Generika weltweit verboten werden. Nur unter äußerstem Widerstand der weltweiten Öffentlichkeit und besonders starken Ländern der Mehrheitswelt wie Indien konnte ein Kompromiß abgerungen werden. Dieser wurde jedoch in letzter Minute von den westlichen Pharma-Lobbyisten in der WTO zugunsten der globalen Bevölkerung geändert. Hilfsorganisationen sind sich darüber einig: Es hat sich gezeigt Patente kosten unzählige Menschenleben. Hierbei handelt sich nicht nur um millionenfache unterlassene Hilfeleistung, ein Straftatbestand in der Bundesrepublik schon in Einzelfällen, nein, es ist viel mehr, es ist die Verhinderung von Hilfeleistung. Um sich die Dimension der Absurdität dieser todbringenden Haltung zu vergegenwärtigen ist ein Vergleich nötig: Es ist geradezu so als würde ein Sanitäter bei

einem Autounfall von anderen daran gehindert werden das Opfer zu versorgen weil sein Verbandszeug kein Markenartikel aus der Apotheke ist, sondern lediglich ein „No Name"-Produkt aus dem Supermarkt. Der Umstand, daß sich die WTO-Delegierten dieser Situation bewußt sein müssen steht außer Frage, doch angeführt von der amerikanischen Lobby setzen sie den Wert des sogenannten „geistigen Eigentums" höher als das unzähliger Menschenleben. Die Abkürzung WTO kann also getrost als Welt Todes Organisation gedeutet werden, darauf laufen deren Regeln des TRIPS hinaus. Das Hauptgegenargument der Pharmain-

dustrie läuft auf folgendes aus: „Wir können ohne die hohen Lizenzgebühren keine Forschung finanzieren."Was einerseits relativ einleuchtend klingt und andererseits nach Erpressung, wirft einige Fragen auf. - Ist die Pharmaindustrie derzeit nicht die profitabelste Brancheüberhaupt? - Warum ist diese Entwicklung so teuer und was wird entwickelt? - Warum ist eine für Millionen Menschen überlebenswichtige Forschung in privater Hand und dient lediglich Profitinteressen? Was vergessen wird zu sagen, ist, daß die Pharmaindustrie doppelt soviel Geld für Werbung wie für Forschung ausgibt. Darüberhinaus wird auch vergessen zu erwähnen, daß wichtige Arzneimittel wie AZT eines der Hauptmittel gegen AIDS ein Ergebnis staatlich finanzierter Forschung sind. Die Profite amerikanischer Pharmaunternehmen betragen momentan das vierfache des Durschnitts im Vergelich zu den Top 500 aus der Liste von Fortune. Eins der Hauptprobleme ist, daß Kranke in armen Ländern unprofitabel sind und nur ein Bruchteil der Forschungsgelder dafür aufgewendet wird einen für die Ärmsten bezahlbaren AIDS-Impfstoff zu finden. Lebensverlängernde Medikamente von denen AIDS-Patienten teilweise zig Tabletten pro Tag einnehmen müssen sind eine dauerhafte und äußerst lukrative Einnahmequelle für die Pharmakonzerne. Ferner werden von den USA auch lieber Milliardenschwere Biowaffenprojekte finanziert statt der Forschung nach Impfstoffen. Dabei sind besonders bei AIDS nicht wirklich die „ärmsten Länder" betroffen, sondern Studien zufolge die Rohstoffreichsten. In den Regionen südlich der Sahara, wo sich Aids rasch ausbreitet, besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Verbreitung von HIV und der Art, wie die Menschen ihren Lebensunterhalt sichern. Am stärksten betroffen sind die Gebiete mit den meisten Bodenschätzen, wie vor allem Gold, Diamanten, Kobalt, Chrom, Eisen und Uran. Anders als häufig behauptet, ist Aids nicht in den ärmsten, sondern gerade in den reichsten Ländern am meisten verbreitet, genauer gesagt, in den weniger armen, die dank ihrer Rohstoffvorkommen erste Anzeichen eines wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts verzeichnen. Die Produktionsbedingungen die schlimmer sind als um 1900 verursachen eine überbordende Verbreitung von HIV-Infektionen. Arbeiter in der Rohstofförderung arbeiten meist weit weg von Familien und angestammten Umfeld und „nutzen" wiederum die Sexarbeiterinnen vor Ort. Diese übertragen massenhaft den AIDS-Virus. So ist der Kampf gegen AIDS ein Kampf vor Allem gegen Ausbeutungsverhältnisse solcher Art. Auch die katastrophale Lage der Bildung verhindert großteils die bisher Wirkunsvollste Waffe gegen AIDS: Prävention.



Am Dienstag, den 9. September 03 brachte die CDU-Fraktron einen Antrag auf sofortige Räumung des AZ-Wagenplatzes am Fürstenauer Weg 70 in den Verwaltungsausschuß ein. Weiter beantragten sie, daß die Stadtverwaltung uns kein Angebot für einen Ersatz machen darf. Der Antrag wurde mit 6:5 Stimmen angenommen. Damit sind zunächst sämtliche Verhandlungen für ein Autonomes Zentrum (AZ) gescheitert. Wann die Räumung erfolgt, ist nunmehr eine Frage der Zeit. Der Wagenplatz ist jetzt noch so lange legal, bis wir eine Aufforderung von der Stadt zugestellt bekommen, den Platz zu räumen. Die Zeit des Redens und des Verhandelns mag damit vorbei sein, die Zeit des Kampfes um ein AZ ist damit noch lange nicht vorbei!
Seit August letzten Jahres befindet sich der AZ-Wagenplatz am Fürstenauer Weg. Das Gelände wurde uns von Seiten der Stadtverwaltung zugewiesen, als Übergang, bis die Verhandlungen um ein Autonomes Zentrum abgeschlossen sind.
Wir haben die Zeit genutzt, um schon mal mit dem Betrieb des AZ zu beginnen und der Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß ein Zentrum in Selbstverwaltung möglich ist. In dem von uns gekauften und aufgestellten Zirkuszelt fanden über 100 Veranstaltungen statt, alle aus eigenen Mitteln finanziert und mit ehrenamtlicher Arbeit durchgeführt. Es spielten Bands aus allen Ländern der Welt, von Südamerika bis Moskau. Es fanden Informationsveranstaltungen und Diskussionen statt zu gesellschaftlichen und politischen Themen. Es wurde die Möglichkeit für einen unkommerziellen und sozialen Treffpunkt geboten Darüber hinaus sind wir mit unglaublich vielen Osnabrücker Initiativen und Organisationen ins Gespräch getreten und haben unsere Idee der Selbstverwaltung erläutert. Viele haben uns besucht und konnten sich von dem Gelingen der Umsetzung überzeugen. Auf unsere Umsonst-Flohmärkte kamen viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt, auch von ihnen bekamen wir eine durchweg positive Rückmeldung. Das soll nun alles vorbei sein, nur weil ein paar greise Mitglieder der CDU ihre Mehrheit im Parlament ausnutzten, und einen knappen Beschluß auf Räumung herbeiführten. Die Mitglieder der CDU waren von Beginn an nicht bereit oder in der Lage, mit uns zu reden.
Wir haben bis heute nicht ein einziges inhaltliches Wort gehört, warum das Projekt Autonomes Zentrum von ihnen mit allen Mitteln verhindert werden soll. Stattdessen berufen sie sich auf Formalien. Zunächst war es der Geldmangel der Stadt, der für eine Ablehnung herhalten musste, und jetzt, wo wir in über einem Jahr Arbeit bewiesen haben, daß das Projekt die Stadt nicht einen Cent kostet, benutzen sie einen Ausschuß, der nichtöffentlich tagt, um hinter verschlossenen Türen mal eben die Räumung zu beschließen. Die Räumung betrifft dabei nicht nur den Betrieb des Autonomen Zentrums; Auf dem Wagenplatz leben mittlerweile einige Leute der Bewegung. Sie praktizieren damit eine alternative Form des Zusammenlebens in Bauwagen. Diese Menschen werden bei der Räumung obdachlos. Was mit den Bauwagen passieren soll, die den Menschen als Wohnung dienen und mit den Bauwagen und dem Zelt, die als Gemeinschaftsräume und Treffpunkte dienen, ist noch völlig unklar. Klar ist nur eins: der CDU ist das alles scheißegal. Ihr geht es nur um das Ausspielen der Macht. Im kleinkarierten biederen Hirn der CDU-Mitglieder haben alternative Ideen keinen Platz. Wer in ihr eingeschränktes Gesellschaftsbild nicht passt, muß verschwinden, zur Not mit Repression und Gewalt. Für sie zählt nur die Ruhe des Stillhaltens; Ob dabei in dieser Gesellschaft, in der nur noch Kommerz und persönliches Weiterkommen etwas zählen, Menschen untergehen, ist ihnen egal. Und wenn es Menschen gibt, die dieses System durchbrechen wollen, indem sie ihm ein solidarisches Miteinander entgegensetzen wollen, dann hauen sie drauf und wollen das nicht zulassen. Aber jedes Herz hat Sprengkraft. Wir haben in dem weit über einen Jahr des Kampfes mit Höhen und Tiefen immer einen Weg gefunden wie es weiter geht. Wir haben harte Verhandlungen geführt und sind immer wieder Kompromisse eingegangen. Die Bewegung für ein Autonomes Zentrum ist dabei gewachsen. Wir können und werden die Idee jetzt nicht einfach aufgeben. Wir sind noch lange nicht am Ende unserer Phantasie und unseres Tatendranges.

Der Kampf geht weiter!!!

Kampf für Windmühlen

von Andreas Schug aus jungle world Nr.32

Eine Gruppe von BerlinerInnen hat große Pläne mit dem gerade ersteigerten Kesselberg-Gelände bei Erkner. Dem Bürgermeister sind die neuen Nachbarn nicht geheuer. von andreas schug

Erkner – Endstation der S 3 im Südosten Berlins. Ein gläsern blitzendes Einkaufszentrum im winzigen Ortskern, ein neuer Radweg und elegante stählerne Abstandhalter um die jungen Straßenbäume – ein vollkommenes Provinzidyll. Sieben Kilometer weiter, auf einem ehemaligen Abhörposten des DDR-Staatssicherheitsdienstes bei Neu Zittau, hat sich eine Gruppe von BerlinerInnen festgesetzt. Elf Gebäude in bezugsfähigem Zustand stehen auf dem Waldgrundstück, vom Einfamilienhaus bis zum großen Seminarhaus, mit viel Platz drumherum. Eine 400 Meter lange Betonplattenpiste verleiht dem Ensemble einen leichten Kasernencharakter. In den vergangenen Jahren fanden hier bereits zwei lateinamerikanische Festivals statt und Ende Mai besuchten rund 400 Menschen das Queeruption-Festival auf den Kesselberg. »Die kommen alle aus Kreuzberg hierher«, meint der Neu Zittauer Bürgermeister Herbert Bothe (SPD). »Das ist alles sehr merkwürdig, die machen da irgendwelche Schwitzhütten.« Aussteiger also, oder Esoteriker? »Weder noch«, sagt Thomas Kroll, einer der Mitbegründer des Projekts, »Leute, die keine Lust mehr aufs Stadtleben haben, die nicht mehr nur meckern, sondern etwas ausprobieren wollen.« Es sind überwiegend Alternative aus der Berliner Szene, vorwiegend aus dem Stadtteil Mitte, die vor über einem Jahr den Verein Ökologisches Kulturzentrum Kesselberg gründeten und vor drei Wochen das Grundstück für 103 000 Euro ersteigerten. Dass sie den Zuschlag bekamen, bezeichnet Moritz Heusinger, der Anwalt des Vereins, als »Sensation«. Der Kaufpreis habe weniger als 20 Prozent des Verkehrswertes betragen. Zwei andere Bieter wollten entweder nicht den von der Bank genannten Mindestpreis von 100 000 Euro zahlen oder konnten den nötigen Sicherheitsbetrag nicht aufweisen. »Es hatte wohl niemand damit gerechnet, dass der Verein das Geld aufbringt«, sagt Heusinger, der mit einem Aktenkoffer voll Bargeld angerückt war. Zum größten Teil sind es Spenden, die der Anwalt treuhänderisch verwaltet. Die Infrastruktur des Platzes kann sich sehen lassen. Schon jetzt gibt es eine eigene Wasserversorgung und Solaranlagen. Die Stromversorgung sollen vor allem die zwei Windräder sichern. Eine der beiden Anlagen auf dem Gelände hat der Besitzer, ein öko-bewegter Wendländer, dem Verein schon überlassen. Die Projektgruppe, die sich seit fünf Jahren um das Gelände bemühte, hat die Wartung übernommen. »Mindestens einmal am Tag müssen wir die Windmühle neu anwerfen«, berichtet der 32jährige Jörg Bender (Name geändert). In Zusammenarbeit mit dem Energieseminar an der TU Berlin will er auch verschiedene Formen der Energiespeicherung erproben, etwa das Aufheizen von Erdtanks. Die Gebäude haben den fünfjährigen Leerstand ganz gut überstanden. Fast alle Scheiben, Dächer und Sanitäranlagen sind intakt, die Wände trocken. Nur der Heizung hat der Frost zugesetzt. Um die Gebäude winterfest zu machen, sucht die Gruppe nun günstige Baumaterialien, Werkzeug und vieles mehr. In Vorbereitung sind auch Selbsthilfe-werkstätten zur Holz- und Metall-bearbeitung, eine kleine Fahrradwerkstatt und eine Schmiede, die auch für die BewohnerInnen der umliegenden

Gemeinden offen sein soll. Das Kompost-Klo wird gerade ausgebaut. Eine vom ehemaligen Eigentümer begonnene Pflanzenkläranlage wollen die KesselbergerInnen fertig stellen. Die zugehörigen Baupläne haben sie in einem Berg alter Projektunterlagen gefunden. Nicht für jeden ist zu erkennen, dass hier moderne ökologische Technik zum Zuge kommen soll. Bürgermeister Bothe spricht von einer »Fäkaliengrube«. »Die lassen wir gleich wieder zuschütten«, kündigt er an. Thomas Kroll, der vor fünf Jahren von der Bank für Sozialwirtschaft als Hausmeister eingesetzt wurde, spricht von einem »Kleinkrieg« mit dem Bürgermeister. Er betont, dass der Verein die gute Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat, die sich in der Amtszeit von Bothes Vorgänger entwickelt hat, fortsetzen will. Bothe hingegen sieht keine Perspektive für eine Kooperation. All »seine« Investoren, darunter eine Recyclingfirma, seien abgesprungen, weil sie fürchteten, die BerlinerInnen »nicht rauszukriegen«. Bei der Versteigerung hätten »30 Leute, die mit ihren Hunden vor dem Eingang standen«, dafür gesorgt, dass sich kein Bieter mehr hineingetraut habe. Dass genug Polizei vor Ort war, um alle Teilnehmer der Auktion mit Metalldetektoren abzutasten, erwähnt er nicht. Offenbar aus Verärgerung über die BerlinerInnen, die seine Pläne durchkreuzten, pocht er jetzt darauf, dass nach dem Flächennutzungsplan keine Werkstätten und Lagerhallen erlaubt seien. Auch gibt es ständig Beschwerden bei der Feuerwehr wegen eines Grillfeuers auf den Betonplatten oder bei der Polizei wegen Ruhestörung. »Aber die sind ja nicht zu kriegen, die haben ja nichts. Und Steuern zahlen sie auch nicht.« Die KesselbergerInnen wollen etwas versuchen, was bei steigenden Lebenshaltungskosten und Sozialabbau immer mehr Menschen vorenthalten bleibt: sich ein schönes Leben gestalten. Viele sehen auch gar keine Chance, »im normalen Betrieb« unterzukommen. Sie wollen Räume einrichten für politische Initiativen, die ein Wochenendseminar machen, für interkulturelle Treffen und für nicht kommerzielle Festivals. Geplant ist zudem »eine der ersten indigenen Botschaften der Welt«, die es vor allem VertreterInnen indigener Widerstands-gruppen aus aller Welt erlauben soll, »politisch, kulturell und sozial im Herzen Europas präsent zu sein«. »Wir wollen das Gelände für die Allgemeinheit zugänglich machen«, betont Bender. Treffen und Festivals wie die Queeruption seien zum Selbstkostenpreis organisiert worden. Dabei solle es auch bleiben. Politische Gruppen sind eingeladen, den entstandenen Freiraum im Einzugsgebiet der Berliner S-Bahn zu nutzen. Bender will »kein kleines Idyll«, sondern eine vielfältige Nutzung. »Der Austausch ist wichtig«, sagt auch Kroll, »niemand will sich aus der Welt zurückziehen.« Rechte müssen allerdings draußen bleiben. In Haus 1, direkt links neben dem Eingang, betreibt die Antifa von Erkner eine Bar. Sie hat dort ihren Treffpunkt, und die Jugendlichen verbringen ihre Zeit nur zu gerne mit Computerspielen – zum Beispiel mit Autorennen, die per Videobeamer an die Wand projiziert werden. Eine etwas andere Welt als die Öko-Harmonie hundert Meter weiter. »Dass es beim Kesselberg geklappt hat, ist eine Er-mutigung für andere Projekte, es auch zu versuchen«, sagt der Anwalt Heusinger. Gleichzeitig ahnt er auch die Schwierig-keiten, die kommen werden: »Weil sie bald über Land und Immobilien verfügen, stehten die Projektmitglieder vor einem Umbruch. Unter widrigen Umständen überwintert hatten nur sechs Leute, in diesem Frühjahr wurden es rund 20 und seit dem Zuschlag in Frankfurt an der Oder kommen ständig Neue. Die Hinzu-gekommen treffen mit neuen Ideen und Vorstellungen auf eine eingespielte Gruppe.« So ist das eben mit den Projekten. Einig sind alle, dass sich niemand durch den Kauf bereichern soll. »Wir wollen jeden Privatbesitz am Gelände ausschließen«, erzählt Bender. Die Gruppe informiert sich über verschiedene Rechts-formen, zum Beispiel Stiftungen, damit die Vereinsmitglieder keinen Profit aus dem Landbesitz schlagen können. Inzwischen fehlen dem Verein nur noch 10 000 Euro, um den Kaufpreis in der verbleibenden Frist von vier Wochen komplett zu zahlen und sich als Eigen-tümer eintragen zu lassen. Die Hoffnung Bothes, dass der Kauf aus Geldmangel nicht abgeschlossen wird, dürfte wohl nicht in Erfüllung gehen. Dabei hätte er »es allen gegönnt, nur nicht denen«. »Sollen wir denn alle so leben? Wollen die sich Kleider aus Tannennadeln nähen?«, fragt sich der Bürgermeister.

Infos unter: ***www.kesselberg.info***

„... einfach die Negation der bestehenden Verhältnisse, und zwar nicht nur mental, nicht nur theoretisch, sondern auch im ganzen Lebensvollzug, also ein Leben gegen die bestehenden Verhältnisse zu organisieren, möglichst direkt und möglichst konfrontativ, das versteh ich unter Widerstand ..."

(Karl Heinz Roth)

[noch nicht ganz geschafft]

Nach langen zähen Ringen und großer Unterstützung aus weiten Teilen der Hausbesetzenden- und Alternativen (Antifa;Asten;Individuen,Indigenas) Szene ist es uns am 07.07.2003 gelungen das Gelände Kesselberg dem kapitalistischen Moloch zu entreissen. Der Zuschlagpreis beträgt 103.000 Euro und war auch der Betrag der von uns anvisiert wurde. Wir danken allen Spendenden ,Unterstützenden und Helfenden für ihre große Mühe und freuen uns euch hier mal wieder zu sehen und mit euch zu feiern ,zu leben oder was auch immer. Weitere Aktionen und was in den nächster Zeit auf uns zukommt erfahrt ihr wie immer hier.
Eure KesselbergerInnen.
...und wer Geld übrig hat, kann bitte Spenden. Es fehlen vom Kaufpreis noch ca. 25.000 Euros, die bis zum 28.08.2003 zusammenkommen müssen.

Spendenkonto:
Treuhänderisches Anwaltskonto
HDMW Rechtsanwälte M. Heusinger
Dresdener Bank
Kto Nr.: 0255 495 100
BLZ: 100 800 00
Kennwort: Kesselberg

... und wer Material findet oder hat.
Ökologisches Kulturzentrum Kesselberg e.V., Wernsdorferstr. 10, 15537 Neu-Zittau (S-Bahn Erkner mit Busverbindung zum Kesselberg), tel.: 033362-887977, email: kulturzentrumkesselberg@web.de

Die Zahlenkünstler

Über Zweideutigkeiten in den offiziellen Armutsstatistiken der Weltbank

Marcus Hammerschmitt 22.09.2003

Eigentlich müsste es relativ einfach sein, festzustellen, ob die Armut auf dieser Welt in den letzten zehn und zwanzig Jahren angestiegen, gesunken oder annähernd gleich geblieben ist. Fragt man die Weltbank und den Internationalen Währungsfond (IWF), dann ist die Antwort eine erstaunliche: Sie wissen es nicht. Dabei geben sie sich solche Mühe. Datenmaterial wird erhoben, Kriterien werden erstellt und die Ergebnisse werden in aufwändigen Verfahren kompiliert und aufbereitet, so dass sie den Entscheidern in Politik und Wirtschaft zur Verfügung stehen. Die Armen dieser Welt mögen arm sein, aber ihre Armut wird immerhin mit den fortschrittlichsten Methoden gemessen, die zur Verfügung stehen.

Konträre Ergebnisse

Die Weltbank ist, wie Professor Angus Deaton in seinem Text Is World Poverty Falling? für den IWF beschreibt, effektiv die einzige Organisation weltweit, die globale Armutsstatistiken erhebt und verwaltet. Peinlich nur, dass Professor Deaton in dem gleichen Text untersuchen muss, wie zwei unabhängig voneinander durchgeführte Untersuchungen über den Stand der Dinge nahezu gleichzeitig zu fast konträren Ergebnissen kommen. Und das bei der simplen Frage, ob die Zahl der Menschen, die mit einem Dollar pro Tag auskommen müssen, in den letzten zwanzig Jahren gewachsen oder gefallen ist. Das zentrale Rätsel beschreibt Deaton gleich zu Anfang seines Texts: Die erste Tabelle im Weltentwicklungsbericht der Weltbank von 2000/2001 mit dem Namen „Die Armut angreifen" zeigt, dass die Anzahl von Menschen weltweit, die mit weniger als 1$ pro Tag auskommen müssen, zwischen 1987 und 1998 von 1,18 Milliarden auf 1,20 Milliarden angewachsen ist, also um 20 Millionen.

Kaum zwei Jahre später stellte eine andere Weltbankveröffentlichung („Globalisierung, Wachstum und Armut: der Weg zu einer gerechten Weltwirtschaft") in einer zentralen Auflistung fest, dass die Anzahl der Menschen, die in Armut leben, zwischen 1980 und 1998 um 200 Millionen gefallen sei und zwischen 1987 und 1998 keine Anzeichen für ein Anwachsen gezeigt habe. Die Abnahme der Armut wurde später in einem Pressebulletin bestätigt, begleitend zu der Veröffentlichung eines Texts namens „Die Rolle und Effizienz von Entwicklungshilfe", welcher kurz vor der UN-Entwicklungshilfekonferenz in Monterrey, Mexiko vom März 2002 veröffentlicht wurde. In diesem Bulletin heißt es: „In den letzten zwanzig Jahren ist die Anzahl von Menschen, die mit weniger als 1 $ pro Tag auskommen müssen um 200 Millionen gefallen, obwohl die Weltbevölkerung um 1,6 Milliarden zugenommen hat."

Können diese Aussagen miteinander versöhnt werden? Hat es tatsächlich eine derart dramatische Reduktion der Armut in den letzten zwei Jahren gegeben? Oder hat die Bank nur ihre Interpretation der Geschichte geändert?

Datenprobleme

Obwohl sich Prof. Deaton in dem folgenden Text Mühe gibt, die Inkonsistenzen zu erklären, muss er am Ende zugeben, dass seine Deutung der gemessenen Werte großen Unsicherheiten ausgesetzt ist. Zwar kommt er zu dem Schluss, dass die berichteten sehr positiven, um nicht zu sagen euphorischen Werte grundsätzlich stimmen könnten, gibt aber seiner Sorge über die Grundqualität des Datenmaterials Ausdruck, indem er schreibt:

Vieles an diesem Vorgang kann einem Unwohlsein bereiten. Am deutlichsten kommt das in dem Zwang zum Ausdruck, sich auf Daten zu verlassen, deren Fehlerspanne über einen Zeitraum von bloß zwei Jahren so krass unterschiedliche Ansichten darüber erlaubt, was mit der Armut in der Welt los ist. Deatons Unwohlsein wundert nicht, denn er kämpft die ganze Zeit mit unvergleichbaren Datensätzen (unvergleichbar wg. signifikanter Änderungen an den Fragebögen im Vergleichzeitraum), Langzeitschätzungen nach unsicheren Methoden, einer grundsätzlichen Beschränkung seiner Überlegungen auf

Indien (wg. dessen fundamentaler Wichtigkeit für die Weltarmutszahlen) und anderem mehr. Am Schluss hat der verblüffte Leser den Eindruck, die jahrelangen Anstrengungen einer Koryphäe auf dem Gebiet der ökonomischen Statistik seien in das Ergebnis geflossen, dass man etwas Genaues leider nicht sagen könne. Echte Verzweiflung scheint bei Deaton durch, wenn er der Weltbank empfiehlt, sorgsamer mit ihrem Datenmaterial umzugehen:
Allein schon die erfolgreiche Erhebung dieser Daten und ihre Bedeutung für politische Entscheidungsprozesse ruft nach einer Verbesserung der Methoden ihrer Gewinnung und Pflege. Wenn derartige Berichte sich weiterhin widersprechen, gerät die Weltbank in Gefahr, die Kompetenz zur Überwachung ihres eigenen Erfolgs zu verlieren.

Wohin geht die Globalisierung?

Das könnte jetzt ein Einzelfall sein, wird aber durch ein weiteres Papier von B. Milanov bestätigt, der in einem kurzen Text für die Weltbank ebenfalls wild voneinander abweichende Armutsschätzungen diskutiert. Milanov vertritt darin die Ansicht, dass die Berechnungen von Andrea Boltho und Gianni Toniolo falsch sind, die in einer Ausgabe der Oxford Review of Economic Policy vom Dezember 1999 deutliche Verbesserungen nicht bei den absoluten Armutszahlen, aber doch bei der Ungleichverteilung („inequality") zwischen Armen und Reichen weltweit feststellten.

Der behauptete Fall des sogenannten Gini-Koeffizienten um vier Prozentpunkte zwischen 1980 und 1998 sei eine Illusion, tatsächlich zeigten drei jüngere Untersuchungen (Schultz, Firebaugh und seine eigene), dass der Gini-Koeffizient um 10-20 Prozent höher liege als von Boltho und Tonioli angenommen. Zusätzlich habe er, Milanovic, belegen können, dass der internationale Gini-Index von 1988 bis 1993 um drei Prozentpunkte gestiegen sei.

Außerdem führt Milanovic die Schlussfolgerungen eines Papiers von M. Lundberg und L. Squire an, die im Auftrag der Weltbank Bedrückendes herausfanden: Die Globalisierung schade den Armen dieser Welt, stand dort explizit zu lesen. Milanovic schreibt: „In einer jüngeren Weltbankveröffentlichung behaupten Lundberg und Squire, dass Handelsderegulierungen das Einkommenswachstum der 40 ärmsten Prozent der Bevölkerung negativ beeinflussen, während sie dem Einkommenswachstum der restlichen Bevölkerungsgruppen starke, positive Impulse verleihen (bezogen auf Beispieldaten aus 38 Ländern zwischen 1965 und 1992). Die Anpassungskosten von Handelsderegulierungen werden ausschließlich von den Armen erbracht, egal wie lange die Anpassung auch brauchen mag. Die Armen sind verwundbarer für Schwankungen im internationalen Preisgefüge, und diese Verwundbarkeit wird durch eine Öffnung des Binnenmarktes gegenüber dem Weltmarkt noch erhöht.

Man könnte auch sagen, dass die Globalisierung, so wie heute verstanden und betrieben wird, die Armen ärmer und die Reichen reicher macht. Es versteht sich von selbst, dass Lundbergs und Squires Papier bei den Globalisierungsgegnern offene Türen eingerannt hat. Es wird gerne in globalisierungskritischen Veröffentlichungen zitiert und ist dementsprechend populär. Wer hat Recht? Sind die Optimisten näher an der Wahrheit oder die Pessimisten? B. Milanovic ruft nach „größerer konzeptioneller Klarheit" und „gründlicherer empirischer Untersuchung". Für ihn steht fest:

Erstens: Die globale Ungleichverteilung der Einkommen ist viel massiver als von Boltho und Toniolo berichtet wird, und die jüngeren Trends deuten eher auf eine Verschärfung der Ungleichheit. Zweitens: Die positiven Effekte der Globalisierung kommen nicht allen gleich zugute. Es könnte möglich sein, die Antiglobalisierungsbewegung von den positiven Effekten eines integrierten Weltmarkts zu überzeugen, das würde aber Argumente erfordern, die mehr auf Tatsachen und weniger auf Ideologie beruhen.

Wie das gelingen soll, wenn die Weltbank nicht einmal weiß, was die Zahlen bedeuten, die sie selbst erhebt, bleibt sein Geheimnis. Für denjenigen, der ohnehin keinen Zugriff auf die Daten der Großinstitutionen und die Methoden ihrer Verarbeitung haben, bleibt wohl nichts anderes, als sich an die Indizien zu halten.

Die Zunahme weltweiter Migrationsbewegungen, die Anstrengungen der reichen Länder des Nordens zur militanten Abwehr aller verarmten Flüchtlinge, die nicht verwertet werden können, und ein immer weiteres Aufklappen der Einkommensschere in den reichen Ländern selbst deuten jedenfalls nicht gerade darauf hin, dass die Armut in der Welt abnimmt. Dass unter diesen Umständen faktenbasierte Debatten die Globalisierungsgegner von der segensreichen Wirkung der Globalisierung überzeugen können, ist wenig wahrscheinlich.

Kinder, Küche, Kurzzeitjobs

Alle wettern geqen Eichels »Sparpolitik«. Daß sie in besonderem Maße Frauen trifft, ist dabei kein Thema. Von Tina Klopp

Zur Zeit liest frau hin und wieder in von Männern verfaßten Artikeln erstaunt von einer »Männerdämmerung«: »Die entscheidenden Produktionsmittel zur Massen- und Bewußt-seinsbildung in Deutschland liegen mittlerwei-le in der Hand von Frauen.« »FAZ«-Herausge-ber Frank Schirrmacher belegte, was wie ein Sommerloch-Ulk wirkt, mit Hinweisen auf Sandra Maischberger, Sabine Christiansen oder Friede Springer. Der »Focus« hält Frauen mittlerweile schlichtweg für das »privilegierte Geschlecht«. Und in der »Welt« beklagt Hans Christoph Buch die Dominanz weiblicher »Wohlfuhl-Literatur« über die Produkte »männlichen Genies«.

Angesichts dieser weiblichen Gestaltungs-macht verwundert, daß Deutschland im konti-nentalen Vergleich bei Gleichstellungsfragen jeden Negativ-Rekord bricht. Das muß wohl daran liegen, daß Neoliberalismus und Ge-schlechterungerechtigkeit sich prima vertra-gen. Schirrmacher muß das nicht auffallen. Aber schon Horkheimer wußte: »Wer die Ge-sellschaft ändern will, muß bei der Familie an-setzen.«

Immerhin der Deutsche Juristinnenbund (DJB) hat gemerkt, daß die Sparaktionen der Agenda 2010 noch mit dem Familienmodell aus Ludwig Ehrhards Zeiten hantieren und be-sonders zu Lasten der Frauen gehen. Die Ar-beitsmarktgesetze etwa geben laut DJB dem »männlichen Familienernährer« den Vorzug -im ersten Gesetzentwurf vom Juni 2002 sogar ganz unverblümt: »1. Familienfreundliche Quick-Vermittlung (Familienväter, Alleiner-ziehende) und Erhöhung der Geschwindigkeit in der Vermittlung ... Familienvätern und Al-leinerziehenden wird eine besondere Priorität bei der Vermittlung eingeräumt. Jeden Montag erhalten der Leiter des Arbeitsamtes und der Vorsitzende der BA eine Liste der arbeitslosen Familienväter.« Erst auf Betreiben des DJB wurde diese Passage aus dem Textentwurf ge-strichen. Die Stoßrichtung der Agenda ist je-

doch geblieben. Derzeit differiert der Anteil der Erwerbstätigen bei Männern und Frauen um 17,7 Prozent. Ein Bonus-System, das schnelle Erfolge bei der Arbeitsvermittlung honoriert, wird vermutlich bald noch mehr Frauen aus dem Erwerbsleben werfen.

Oder es kickt sie gleich aus der Arbeitslo-senstatistik. Gut ein Drittel der 1,3 Millionen Bezieher/innen von Arbeitslosenhilfe werden künftig überhaupt keine Unterstützung mehr erhalten. Ihr Anspruch erlischt, weil das Ein-kommen ihres Partners höher angerechnet wird. Was Eichel im »Handelsblatt« als »riesi-ge Kraftanstrengung« pries - »vor allem bei der Arbeitslosenhilfe nehmen wir den Leuten richtig Geld weg« -, bedeutet in der Praxis, daß viele, vor allem Frauen, aus dem Versi-cherungsschutz fallen.

Die Agenda 2010 und die Zusammenle-gung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird das Problem weiter verschärfen. Bereits in der Vergangenheit erhielten 40 Prozent der ar-beitslosen Frauen im Westen und 20 Prozent im Osten überhaupt keine Geldleistungen -und zwar meistens, weil ihre Gatten »zuviel« verdienten. Für eine Familie mit Kind kann künftig schon ein Bruttogehalt von 1.725 Euro zuviel sein. Die »Deckelung« des Versiche-rungsanspruchs trifft besonders Frauen, weil sie weitaus öfter mit gutverdienenden Partnern zusammenleben als umgekehrt. Diese Ent-scheidungen traf die Hartz-Kommission ohne lange Debatten. Eine einzige Frau saß mit in der Runde. Das ist weder mit den EU-Verord-nungen zum Gender Mainstreaming, denen auch die Bundesregierung verpflichtet ist, noch mit dem Bundesgremienbesetzungsge-setz vereinbar.

Die Arbeitslosigkeit bekämpft Rotgrün mit einem statistischen Kniff, der bewährten Disemployment-Strategie: Senkung der Ar-beitslosenquote durch Verknappung des Ar-beitskräfteangebots (siehe Irene Dingeldey: »Alte Leitbilder und neue Herausforderun-gen«, in: »Aus Politik und Zeitgeschehen« 5/01). Und wer wäre für die Verknappung bes-ser geeignet als die Frauen? Sie erledigen oh-nehin mehr als 75 Prozent der Hausarbeit und leisten mindestens zwei Drittel der ehrenamt-lichen Arbeit im Sozialbereich.

Laut Margret Mönig-Raane, Vizechefin der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, han-tierte die Hartz-Kommission »mit dem Ernäh-rermodell aus den fünfziger Jahren«. Die Ge-werkschafterinnen furchten, daß Frauen bei der Arbeitsvermittlung in Niedriglohnjobs ab-geschoben werden könnten. Die neuen Mini-jobs und Familien-AGs sind jedenfalls optimal auf die Bedürfnisse von Zuverdienerinnen zu-geschnitten: sozial kaum abgesichert, flexibel und garantiert karrierefrei. »Minijobs schaffen viele neue Arbeitsplätze«, verkündete die »Ta-gesschau«. Aber was für welche? Steuerver-günstigungen von »Dienstleistungen im priva-ten Bereich« schaffen vor allem neue Jobs für Putzfrauen und Pflegekräfte: zweifelsfrei Frauenberufe. Zwar kommt Teilzeit-Arbeit dem Wunsch vieler Mütter entgegen. Aber sie entspricht auch der Nachfrage vieler Unter-nehmen nach flexiblen, nicht-organisierten Arbeitskräften. Insgesamt haben in Deutsch-land nur 35 Prozent aller arbeitenden Frauen

einen Vollzeitjob (Männer: 95 Prozent). Bei den Frauen-Arbeitsstunden liegt Deutschland in Europa auf dem vorletzten Platz.

Ein konservatives Familienbild und die In-teressen der Besserverdienenden bestimmen . auch das Ehegattensplitting, das der Bund mit 43 Milliarden Euro im Jahr sponsert. Die Steuervorteile steigen mit der Einkommens-differenz innerhalb der Ehe. Je höher das al-lein verdiente Einkommen, desto stattlicher die Steuerentlastung. Beispiel: Bei 100.000 Euro Jahresgehalt lassen sich per Splitting knapp 5.000 Euro ersparen, also 415 Euro im Monat. Die muß eine Frau durch einen Mini-job (400-Euro-Job) erst einmal hereinholen, damit sich ein Zuverdienst lohnt. Ursprüng-lich stand die Abschaffung des Ehegattensplit- tings im Wahlprogramm der SPD. Nun aber will auch Renate Schmidt mehr Familien- als Frauenministerin sein.

Auch die Forderung nach einem Gleich-Stellungsgesetz las man einst im SPD-Programm. Das hätte jedoch Ärger mit den Betrieben gegeben. Die Regierung einigte sich daher im Sommer 2001 mit der Industrie auf eine freiwillige Vereinbarung, an der sich die Unternehmer im Herbst 2003 messen lassen sollten. Was zu einer peinlichen Offenbarung hätte werden können, hatten inzwischen fast alle wieder vergessen. Jutta Allmendinger, Di-rektorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), ist es zu verdanken, daß die entscheidende Zahl dann doch publik wurde: Klägliche 6,5 Prozent der Unterneh-men haben Vereinbarungen zur Gleichstellung getroffen. Besonders bitter: Vermutlich stammt dieser Anteil zum großen Teil noch aus der Ära Kohl.

Laut einer Studie des Statistischen Bun-desamtes verdienen Frauen durchschnittlich 25 Prozent weniger als Männer, bei den Arbei-tern sind es sogar 35 Prozent. Obwohl sie die Schulen noch mit gleichwertigen Abschlüssen verlassen - es machen sogar mehr Mädchen Abitur als Jungen -, arbeiten sich die allerwe-nigsten bis an die Spitze vor. Nur fünf Prozent des Führungspersonals in Großunternehmen sind weiblich. Ins mittlere Management schaf-fen es knapp zehn Prozent. Genauso niedrig ist der Anteil der Frauen, die auf dem Lehr-stuhl einer deutschen Uni sitzen. Tatsächliche Diskriminierungen sind schwer nachzuweisen. Doch arbeiten Frauen generell in Berufen, die in niedrigere Lohn-gruppen eingeteilt sind. Bildet man Kategori-en, die Berufe vergleichbar machen, z. B. Dauer und Art der Ausbildung, Verantwortung, Kompetenzen,

Streßbelastung, dann werden Benachteiligungen deutlich (siehe Barbara Stiegler: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit?). Die Einkommensstudie der Bundesregie-rung von 2002 belegt zudem: Der Knick in der Karriere einer Frau tritt spätestens mit dem ersten Kind ein. Auffällig ist, daß die Lohnschere in den neuen Bundesländern bis-lang weniger weit auseinanderging als in den alten. Bislang. Denn während die Frauen in Ostdeutschland »ganz normal« am Erwerbsle-ben beteiligt waren und Kinderbetreuung eine Aufgabe des Staates war, eifern sie ihren west-deutschen Geschlechtsgenossinnen seit der Wende vor allem im Umgang mit dem Putz-lappen nach. Beruf und Kind - das haut nicht hin, weil es nach dem gängigen Gesellschafts-bild nicht hinhauen soll. So meinte Florian Gerster, Chef der Bundesanstalt für Arbeit, der Osten brauche keine »Sonderrolle« mehr zu spielen, da dort ein ähnlich hoher Bevölke-rungsanteil wie im Westen arbeite. Das meint: Die 18 Prozent Ost-Arbeitslosigkeit sind den Ost-Frauen geschuldet, die auf dem Arbeits-markt rumstehen und die Quote Hochdrücken.

Insbesondere Frauen mit Kindern erhiel-ten hierzulande geradezu Prämien, wenn sie Heim und Herd nicht verließen, bestätigt der Sozialwissenschaftler Werner Eichhorst, der für den internationalen Benchmarking-Ver-gleich der Bertelsmann-Stiftung verantwort-lich zeichnet. Während in den skandinavi-schen Ländern immerhin ein Viertel der Män-ner Erziehungsurlaub nimmt, dümpelt die Zahl in Deutschland bei unter zwei Prozent.

Erziehungsurlauber (neu: Elternzeitler) bekommen in Deutschland zwar vergleichs-weise wenig, dafür aber über längere Zeit Geld für ihren Berufsausstieg. Dabei ist be-kannt: Je länger der Ausstieg einer Frau aus dem Erwerbsleben, desto wahrscheinlicher ist es ein Abschied für immer. Nicht zuletzt des-halb, weil die Kinderbetreuung hierzulande im

Vergleich mit dem europäischen Ausland mi-serabel ist. In Deutschland wird nicht mal je-des zehnte Kinder unter drei Jahren außer Haus betreut. Resultat: Bei gut der Hälfte aller Paare mit kleinen Kindern bleiben die Frauen zu Hause. Nur 5,7 Prozent der Betroffenen tun das aus freien Stücken. Die nun versprochenen l ,5 Milliarden Eu-ro Bundeszuschuß für die Ganztagsschulen sind da nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Kinderversorgung ist Aufgabe der Kommunen - und die sind pleite. Der Sparplan 2003 des Bundeslandes Sachsen-Anhalt zum Beispiel sieht 42 Millionen Euro weniger an Zuschüs-sen für die Kinderbetreuung vor. Zwar gibt Deutschland insgesamt viel Geld für die Fami-lien aus und steht dem Musterschüler Schwe-den in Sachen Geldtransfer pro Kind nicht nach, aber die Schweden investieren, offen-sichtlich erfolgreicher, gezielt in die Bildung und Betreuung von Kindern. Deutschland sub-ventioniert hingegen durch Steuervergünsti-gungen und Kindergeld die Familien. Dabei fallt viel Geld auf die ohnehin größten Hau-fen. Je höher das Einkommen, desto höher die steuerlichen Vergünstigungen.

Dafür, daß sich auch hier etwas ändert, werben regierungsnahe Experten wie Eich-horst mit dem Hinweis auf den Nutzen einer höheren Frauenerwerbsquote. In Ländern mit einer hohen Frauenquote sei auch die Arbeits-losigkeit insgesamt geringer. Bald könne man es sich nicht mehr leisten, auf die Frauen als Arbeitskräfte zu verzichten. Frauenverbände weisen jedoch

darauf hin, daß von dem neoli-beralen Konzept vor allen! die ohnehin bevorzugten Karrierefrauen profitieren - für die große Masse ändert sich nichts. »Soziale Ge-rechtigkeit« ist eben nur unter bestimmten Be-dingungen profitabel und muß in aller Regel erkämpft werden.

Mit der Kampfbereitschaft allerdings ha-ben die Frauen Probleme. Wenn sie überhaupt in Bereichen arbeiten, die gewerkschaftlich organisiert sind, dann haben sie auch hier oft das Nachsehen - etwa wenn es darum geht, Lohnkategorien zu bilden. Männer hingegen schlagen Zulagen für harte körperliche Arbeit oder Wochenend- und Nachtdienste heraus. Die typischen Frauenbranchen bleiben schlechter bewertet und werden selten be-streikt. Und, wie Frigga Haug, Mitherausgebe-rin der Zeitschrift »Das Argument«, formu-liert: »Das Merkwürdige an der Herrschaft über Frauen ist, daß sie zugleich allgegenwär-tig scheint, dann wieder nirgends wirklich greifbar wird ... Wird das Gesetz über die Ab-hängigkeit der Erwerbstätigkeit von der Ein-willigung des Ehemanns abgeschafft (1976), verlagert sich offenbar die Wahl des Hausfrau-enberufs ins Innere eigenen Wünschens.«

Haug hat im vergangenen Sommer eine Untersuchung über die Zukunftserwartungen von Jugendlichen zwischen 13 und 18 ge-macht (»Argument« 247). Zu ihrer Überra-schung fand sie reichlich Hoffnung aufs Haus-frauendasein - insbesondere bei Gymnasia-stinnen aus der ehemaligen DDR.

Tina Klopp schrieb in KONKRET 8/O3 über Leo Strauss und die amerikanischen Neokonservativen

REISE NACH NEW YORK

Gerhard Schröder trifft kommende Woche George W. Bush. Wird die deutsch-amerikanische Freundschaft wieder belebt? Und was wird aus der deutsch-französischen Anti-Kriegskoalition?

von markus bickel

Christoph Gottschalk freut sich ganz besonders auf das Treffen im Kanzleramt. Fünf Jahre lang hat er in Berlin Politikwissenschaft studiert, ehe ihn der französische Premierminister Jean-Pierre Raffarin im Juni als Berater für deutsch-französische Beziehungen in seinen Stab nach Paris holte. Am Donnerstag steigt für den 26jährigen deshalb vielleicht der wichtigste Auftritt seiner Karriere: Mit den deutschen Ministerinnen und Ministern kommt die französische Regierung zu einer binationalen Kabinettssitzung zusammen. »Die symbolische Bedeutung des Treffens ist sicherlich nicht zu überschätzen«, sagte Gottschalk der Jungle World.

Abseits aller Symbolik aber wird es bei der gemeinsamen Sitzung um handfeste Außenpolitik und dabei vor allem um den künftigen Zusammenhalt des deutsch-französischen Bündnisses gehen. Denn je näher die Abstimmung über eine neue Irakresolution des Uno-Sicherheitsrats rückt, umso unklarer erscheint, ob die Interessen Deutschlands und Frankreichs im Nahen Osten wirklich so deckungsgleich sind, wie die vor dem Irakkrieg wieder aufgefrischte Allianz glauben machen will. Das für kommenden Dienstag geplante Treffen zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und US-Präsident George W. Bush in New York lässt altes französisches Misstrauen gegen die einst so reibungslos funktionierende transatlantische Partnerschaft aufkommen. Nicht ohne Grund. Schon am Tag vor dem Treffen der Außenminister der fünfständigen Mitglieder des Uno-Sicherheitsrates am Wochenende in Genf, bei dem Joschka Fischer nicht dabei sein durfte, hatte US-Außenminister Colin Powell seinem deutschen Amtskollegen als Entschädigung für dessen Ausschluss bei den entscheidenden Irakberatungen Honig ums Maul geschmiert. »Deutschland wird seiner Rolle gerecht«, sagte Powell, der Fischer bereits bei dessen Besuch in den USA im Juli zu einer Annäherung an Washington gedrängt hatte. »Wir müssen weg von diesem Streit um Formulierungen. Uns wird oft unterstellt, wir wollten Besatzer sein. Unsinn, jeder Europäer sollte wissen, dass die USA lieber Befreier sein wollen«, fügte Powell hinzu.

Auch dass Powell vorerst keinen Bedarf an Bundeswehrsoldaten im Irak anmeldet, wie es die Vorsitzende der Grünen, Angelika Beer, Ende August zum Ärger von Fischer und Schröder gefordert hatte, ist ein Anzeichen dafür, dass die deutsch-französische Entente Cordiale geknackt werden soll – unter anderem dadurch, dass Deutschland wieder zu einer stärkeren Unterstützung der Nato gedrängt wird, deren Schwächung in erster Linie Frankreich betreibt.

Deutschland und Frankreich waren sich vor und während des Irakkrieges einig, wie ein im Februar zum Auftakt der so genannten Sicherheitstagung in München vom Spiegel als »Geheimplan« präsentiertes deutsch-französisches Papier zeigte, in dem die Entsendung Zehntausender Uno-Soldaten in den Irak gefordert worden sein soll. Der Vorschlag bedeutete einen weiteren Tiefpunkt in den deutsch-amerikanischen Beziehungen.

»I am not convinced«, schmetterte Fischer damals US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld Aufmerksamkeit heischend entgegen. Und auch die Standing Ovations, die Frankreichs Außenminister Dominique de Villepin Anfang März im Sicherheitsrat für die Formulierung seiner Antikriegsposition erhielt, waren angetan, mögliche deutsch-französische Differenzen als Nebenwiderspruch abzutun. Dass nicht so sehr Deutschland, sondern vor allem der alten Kolonialmacht Frankreich an einer Zurückdrängung des militärischen Einflusses der USA im Nahen Osten gelegen ist, wurde damals noch vom großen transatlantischen Streit überlagert.

Doch angesichts der anhaltenden Schwierigkeiten der von den USA geführten Besatzungsmächte im Irak, eine funktionierende Zivilverwaltung aufzubauen, verlieren in Washington Falken wie Rumsfeld an Einfluss, während das State Department gegenüber dem Pentagon wieder die Oberhand zu gewinnen scheint.

Weil Powell unter den ständigen Sicherheitsratsmitgliedern bis auf Großbritanniens Außenminister Jack Straw allerdings nur mit Anhängern einer geschwächten US-Rolle im Irak zu tun hat, setzt er vor dem Treffen Schröders mit Bush darauf, Deutschland wieder stärker einzubinden.

Im State Department wie im Weißen Haus hofft man, dass Schröder während seiner Nahost-Reise Anfang Oktober Deutschlands Ansehen in Saudi-Arabien, Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten nutzt, um den als Road Map bezeichneten Friedensplan der USA für die Region politisch wieder zu beleben. doch an einer Stärkung des US-amerikanischen Einflusses in der Region dürfte Raffarin, Chirac und de Villepin, der vorige Woche auf dem EU-Außenministertreffen in Riva del Garda einer Verurteilung der Hamas als terroristischer Organisation nur zähneknirschend zustimmte, nicht unbedingt gelegen sein. Dass Schröder bei Deutschlands wichtigstenn Handelspartnern im arabischsprachigen Raum kaum französische Wirtschaftsinteressen vertreten wird, versteht sich von selbst.

Es sind bislang eher multilateral orientierte Mitglieder der US-Regierung, die versuchen, in Berlin Überzeugungsarbeit zu leisten, um das seit der Amtszeit Konrad Adenauers stets als bundesdeutsche Staatsräson gehandelte besondere Verhältnis zu den USA wieder aufzufrischen. Gesprächspartner finden sie dabei zurzeit vor allem im Apparat Fischers, der Schröders äußerst konfrontativ ausgericheten Antikriegskurs von Beginn an für die falsche Strategie hielt, sich in Washington Einfluss zu verschaffen.

Neben Powell versuchte vorige Woche etwa der US-amerikanische Botschafter

in Berlin, Daniel Coats, der Bundesregierung den Aufbau einer funktionierenden Nachkriegsordnung im Irak als gemeinsames westliches Anliegen schmackhaft zu machen: »Es ist im Interesse der USA,

Deutschlands, Europas und der ganzen Welt, dass wir zusammen weiter daran arbeiten, sowohl Afghanistan als auch den Irak wieder aufzubauen.«

Der auch von Powell angebrachte Verweis auf Afghanistan kommt nicht überraschend. Denn bei aller demonstrativen Missachtung des Bundeskanzlers durch Bush, etwa auf dem Nato-Erweiterungsgipfel in Prag im November vorigen Jahres, galt in Washington immer Frankreichs Präsident Jacques Chirac als der eigentliche Saboteur einer militärisch durchgesetzten Hegemonialpolitik der USA, sei es im Irak, sei es in Afghanistan.

Deutschlands Drängen nach stärkerem militärischen Einfluss am Hindukusch hingegen gab die Regierung Bushs schon bald nach Beginn des Afghanistan-Krieges nach, der im Oktober vor zwei Jahren noch ganz im Zeichen der von Schröder formulierten »uneingeschränkten Soldidarität« mit den USA stand.

Auch dass das Oberkommando über die Afghanistan-Schutztruppe Isaf seit 11. August dieses Jahres nicht mehr bei der Bundeswehr, sondern in den Händen der Nato liegt, spricht keineswegs für eine verminderte geostrategische Bedeutung Deutschlands. Im Gegenteil: Sollten die USA im Irak eines Tages wirklich militärische Verantwortung an andere Verbündete abgeben, scheint eine von der Nato geführte Schutzmacht allemal wahrscheinlicher als eine Uno-Truppe. Die Übernahme des südöstlichen Sektors durch das vor nicht mal einem Jahr der Nato beigetretene Polen ist ebenfalls ein Beleg für die These, dass bei anhaltenden Sicherheitsproblemen das stärkste Militärbündnis der Welt mit Führungsaufgaben im Irak betraut werden könnte. Wie in Afghanistan kämen deutsche Militärs dann sicherlich eher zum Zug als französische.

Derart strittige Themen werden die deutsch-französische Kabinettssitzung am Donnerstag allerdings nicht trüben. Schließlich geht es dort um die Demonstration des »hohen Grades der deutsch-französischen Verflechtungen«, wie Gottschalk versicherte.

Aus der jungle world, Nummer 39, 09.03

Das Schwierige an dieser Art Artikel ist die Kunst, ein so komplexes Thema auf so wenig Raum zu straffen, und zwar so, dass Missverständnisse vermieden werden. Es geht also eher um den Versuch einer Collage, die versuchen will ein paar Ansätze russischer GenossInnen zu spiegeln, wenn es um den Krieg in Tschetschenien geht. Ein Versuch deshalb, weil zwar ein Spiegelbild im Allgemeinen nicht lügt, aber in diesem Fall sicherlich nicht objektiv sein kann – wie so vieles nicht. Eine Collage, da die Positionen und die daraus resultierenden Praxen russischer Linker im Bezug auf den Krieg nach unseren Erfahrungen unterschiedlicher nicht sein könnten.

Abgesehen vom prinzipiellen Pazifismus, der auch unter den russischen Linken seit eh und je seine Komparsen gefunden hat, stehen unsere GenossInnen dort vor dem selben Dilemma wie die Linke weltweit. Es geht um das Problem einer Positionierung die auch konkrete Handlungsspielräume zulässt. Parteiergreifen? Solidarisieren? Gemeinsam Kämpfen? – Mit wem?

Über die russische Linke Das Spektrum hiesiger Einschätzungen zur russischen Linke reicht von „Die gibt es gar nicht." bis hin zu „Da gibt es jedenfalls noch funktionierende Widerstandsstrukturen". Dies deckt sich notabene mit den von dort erfahrenen Selbsteinschätzungen. Parteien, Organisationen, Gruppen, Zirkel und Einzelne, die sich eine soziale Praxis der Emanzipation, das gesamtgesellschaftliche Engagement für ein Bewusstsein von Solidarität, den Kampf gegen die verbrecherische Logik des Kapitals und die Nutzung der Widersprüche in der Gesellschaft als „Entwicklungshilfe" auf die Fahnen geschrieben haben, gibt es nicht wenige. Aber wie es dann in der Tat mit der Praxis unter dem jeweiligen Banner aussieht ist allzu oft schnöde Hahnerei. Sicherlich auch in unseren Gefilden nichts Unbekanntes. Gesellschaftsrelevante linke Strukturen wachsen nun mal mit ihrer Praxis, mit den Fortschritten, mit den guten Ideen und mit den Fehlern, die gemacht wurden. Und genau da sieht sich die russische Linke im Kontext des gesellschaftlichen Wandels von der Sowjetunion hin zu einer Art paramafiosen Manchesterkapitalismus mit im Detail anderen Problemen konfrontiert, als es oftmals im Westen wahrgenommen wird, bzw. auf Grund der eigenen Unfähigkeit und des latenten Chauvinismus wahrgenommen werden kann. Um nur ein Beispiel zu nennen: „Ist Sjuganows KP eine linke Partei?" die Antwort auf diese Frage dürfte einige Diskussionen auslösen. Bei allen anderen Organisationen sieht es ähnlich aus.

Wir sind im Zuge dieses Wandels dazu übergegangen unsere über Jahrzehnte hinweg stabilisierten Kontakte so zu verändern, dass wir diese nicht ehr mit Parteien oder Organisationen pflegen, sondern mit einzelnen GenossInnen, die mit uns und mit denen wir gute Erfahrungen gemacht haben. Auf die jeweiligen Banner ist was geschissen. Zwingend notwendig ist der Aufbau neuer gemeinsamer Strukturen, möglichst unter Vermeidung von Altlasten und das nicht nur in Russland. Dies ist ein Prozess, der es für die Beteiligten schwieriger macht die aktuellen Konfrontationslinien zu ziehen und das betrifft auch den Krieg in Tschetschenien. Aber es gibt keinen anderen Weg und was bleibt ist die Hoffnung eher über kurz als lang auch ge-

meinsam Handlungsfähig zu sein. Deshalb haben wir auch kein Problem mit der breiten Palette an „Bannern", unter denen sich unsere GenossInnen in Russland sehen. Ob sie sich nun Menschenrechtler, Autonome, Anarchisten, Trotzkisten, Leninisten, Rätekommunisten, Marxisten, Stalinisten oder einfach nur Rote Bauern nennen, ist uns egal. Ob sie nun militante Betriebsbestzungen oder Streiks organisieren, eine Kolchose kollektiv am Leben erhalten, ob sie legale oder aus dem Untergrund heraus illegale Bildungs- und Kulturarbeit leisten, ob sie auf der Straße Meetings abhalten oder Sabotage betreiben. Sie wissen alle, dass die Erfolge zur Zeit eher dürftig sind bzw. erst gar nicht wahrgenommen werden. Aber sie wissen auch, dass sie genau an dem, was sie tun, gemessen werden, so wie sie uns messen, an dem was wir tun. Dies ist der Pool aus dem wir unsere Informationen beziehen.
Eroberungskriege im Kaukasus gab es einige, aber was ist mit dem aktuellen Krieg in Tschetschenien? Verteidigt die Russische Armee ihr Territorium gegen feindliche Eindringlinge oder gegen bewaffnete Horden im Auftrag anderer Machtinteressen? Die Einschätzungen der russischen Linken dazu sind sehr unterschiedlich und nicht wenige Differenzen sind in den diffizilen Interpretationen historischer Zusammenhänge zu finden.

Zwei Aspekte der Geschichte des Konflikts

Die Eroberung Tschetscheniens durch das russische Imperium begann im 18. Jh. und fand ihren
Abschluss Mitte des 19. Jh.. Ziel des Zarismus war die „Unterwerfung der Bergvölker und die Ausrottung der Widerspenstigen" (Nikolai I.). Im Zuge der Eroberung sind die Tschetschenen von ihrer fruchtbaren Erde in den Bergen vertrieben worden, siedelten in die Türkei über und ihre Siedlungen wurden vernichtet (die „althergebrachte russische" Stadt Grosnyi wurde auf dem Platz der zerstörten tschetschenischen Aule errichtet). Im Verlauf von ungefähr 80 Jahren – von 1780 bis 1859 – führten die Bergbewohner einen bewaffneten Aufstand gegen die Kolonisatoren. Seinen Höhepunkt erreichte er mit dem Kaukasischen Krieg (1817 – 1859), dem langwierigsten Kolonialkrieg der Geschichte. Zur Unterdrückung der Bergbewohner, deren Anführer Imam Schamil wurde, wurden mehr Truppen benötigt, als gegen die Armee Napoleons. Aber nichtsdestoweniger lehnte die tschetschenische Bevölkerung es ab, in das Imperium aufgenommen zu werden.
Viele russische Soldaten, die kein Interesse daran hatten sich an dem kolonialen Abenteuer zu beteiligen, desertierten und flohen nach Tschetschenien. Frei von der Festungsordnung bildeten sie in der Armee Schamiels ein selbständiges russisches Regiment. Die demokratischen und revolutionären Kräfte in der ganzen Welt begrüßten den anti-imperialen Widerstand im Kaukasus als einen Teil des weltweiten Befreiungskampfes. „Das Volk Europas sollte sich unterweisen und dem Beispiel des heldenhaften Freiheitskampfes der Bergvölker gegen den russischen Zarismus folgen", - schrieben in dieser Zeit Marx und Engels. Allerdings waren die Kräfte in diesem Kampf viel zu ungleich. Nach einigen Jahrzehnten der von blutgetränkten Kriege gelang es den Operationen des Zarismus, den Widerstand der kaukasischen Völker zu unterdrücken und sie gewaltsam in das Imperium einzuschließen.

Während des Bürgerkrieges in Rußland hat die Mehrheit der Bevölkerung Tschetscheno-Ingutschetiens die Revolution unterstützt. Die Tschetschenische Rote Armee kämpfte gegen die Weißen: Aufbrechend nach Moskau, war der General Denikin[1] sogar gezwungen, ein Drittel seiner Armee dort zurück zu lassen. Nach dem Sieg des roten Tschetscheniens hat das Land zunächst die eigene Autonomie bekommen und ist in den Bestand der Teilrepubliken aufgenommen worden.[22] Im Januar 1921 wurde die Tschetscheno-Inguschetische autonome Sovjetrepublik ausgerufen, im November 1922 die Republik Tschetschenien

Die erste Hälfte der Zwanziger Jahre, als sich an der Spitze Tschetscheniens Vertreter der einheimischen linken Intelligenz befanden, die vom Volk unterstützt wurden, stellte die wohl ruhigste und günstigste Periode der tschetschenischen Geschichte dar. Jedoch hat sich die Situation mit der Festigung des staatlichen Regimes in der UdSSR verändert. 1925 wurde die Leitung Tschetscheniens durch unverhohlene Moskauer Protegés ersetzt und es begannen im breitem Maßstab Operationen des NKWD gegen mögliche unzuverlässige Elemente. Der gewaltsamen Kollektivierung wurde in Tschetschenien mit den Aufständen von 1929-1932 begegnet, die mit Hilfe grausamer Repressalien unterdrückt wurden (allein im Jahre 1932 wurden 35 Tausend Menschen verfolgt). Danach folgte der Terror der zweiten Hälfte der 30iger Jahre...
Unter den Tschetschenen waren die Traditionen des Befreiungskampfes noch lebendig – und die volkseigene Empörung nahm die Form eines Massenaufstandes an. Die jetzt Rebellierenden kämpften bereits unter religiösen, islamischen Losungen: aus der ideologischen Bewegung, die sich an die Spitze der Vertreter der Intelligenz stellte, welche sich schon in der sowjetischen Periode formierten (der Schriftsteller Ch. Israilov, der Jurist M. Scherilov, Bruder des repressierten Führers der tschetschenischen Bolscheviki und andere) wurde ein Aufstand gegen den „roten Imperialismus" für nationale Unabhängigkeit. Die Aufständischen stürzten die stalinistischen Stadthalter in

einer ganzen Reihe der Bergregionen und riefen eine „volks-revolutionäre Übergangsregierung Tschetschenо-Inguschiens“ aus. Die Kriegshandlungen dauerten etwa drei Jahre, wobei die aufständischen Truppen seitens Nazideutschland zu keinem Zeitpunkt unterstützt wurden. Die Vertreter der Bewegung, die besondere Partei der kaukasischen Brüder, hatten unzweideutig die Möglichkeit einer Koalition mit den Nazis abgelehnt. Der Aufstand der Tschetschenen hatte nichts mit dem expandierenden Nazi-Deutschland zu tun, obwohl es von einigen GenossInnen im heutigen Russland behauptet wird: er begann schon im Winter 1940, d.h. zu einer Zeit, als Hitler und Stalin noch Freunde und Verbündetete waren. Der Aufstand war die logische Folge der stalinistischen Kolonialpolitik im Kaukasus, der fortgesetzten Tradition des Zarismus.

Erst im Jahre 1942, nach massiven Bombardierungen durch Einheiten des NKWD, gelang es den Widerstand der Tschetschenen zu unterdrücken. 1944 wurden sie, wie auch eine Reihe der sich nicht ergebenen Völker von ihrer eigenen Erde umgesiedelt. Im Zuge dieser Umsiedlung kamen mehr als 130000 Menschen um, unter ihnen mehr als 72000 Tschetschenen und Inguschen. Diese zwei Aspekte spielen eine nicht unwesentliche Rolle in den derzeitigen innerlinken Disputen Russlands. „Eine kontinuierliche soziale Stabilität mit wachsender Tendenz hat es im Kaukasus nur in der Zeit der Sowjetunion gegeben und das ist natürlich entscheidend“ sagen die Einen, „Aber zu was für einem Preis?“ fragen die Anderen und fügen hinzu: „Das generell niedrig gehaltene Bildungsniveau und die Ausbeutung der Bodenschätze für den Westen Russlands ließen klare koloniale Strukturen erkennen“ .

Das es im aktuellen Krieg nicht nur um Tschetschenien geht, ist allen klar. Der größte Teil der Bevölkerung ist nicht motiviert für diesen Krieg, sei es aus ideologischen oder aus machtpolitischen Gründen. Oberflächlich betrachtet erscheint das Kriegsgeschehen als eine Kette von diffusen Anschlägen kontra Vergeltungsmaßnahmen, religiösen Wahnsinn kontra imperialen Habitus. Wie sollte sich also eine Linke engagieren, wenn nicht im sicherlich notwendigen Dunstkreis der „humanitären Hilfe“? Und genau das ist der Kern! Vietnam war das beste Beispiel, dass Kriege in der Moderne allein mit militärischer Übererlegenheit nicht gewonnen werden können. Es wird eine Propagandaschlacht geführt auch mit dem Ziel, die zu erwartenden Proteste zu paralysieren. Jugoslawien und Irak sind bekannte Beispiele für die Verunsicherung der Linken durch ein immenses Aufgebot an Kriegs- und Propagandalügen. Der russische Staat ist daran interessiert seine Hegemonie im Kaukasus aufrecht zu erhalten, das gilt eben auch für Tschetschenien. Die Gründe dafür sind im Kontext geostrategischer und wirtschaftlicher Kalkulationen zu finden. Zum einen haben die USA bereits außer in Tschetschenien in fast allen zentralasiatischen Republiken Militärbasen. Zum anderen spielt die Ölfrage eine wichtige Rolle. Dieses Jahrhundert wird zweifelsohne von einer Verschärfung im Kampf um die Kontrolle der schnell knapper werdenden natürlichen Ressourcen geprägt sein. Der Kampf darum trägt schon heute koloniale Züge. Der Krieg im Kaukasus basiert auf dem Hintergrund der beinahe Fertigstellung der Pipeline Baku-Dzhejhan (Türkei). Der letzte Tschetschenische Krieg

begann einige Monate , nachdem im September 1994 in Baku die Vereinbarungen über die Exploration des kaspischen Öls unterzeichnet wurden – „das Jahrhundertprojekt“. Bis dahin hatte der Kreml auch mit dem damaligen Regierungschef Tschetscheniens Dudajew mit Öl und Waffen gehandelt. Es wurde um den Einfluss und die Entscheidungsgewalt über die gewaltigen Öllagerstätten am und im Kaspischen Meer gekämpft. Russland wollte und will eine neue Pipeline in Dagestan errichten, was ohne die Kontrolle über das tschetschenische Territorium nicht möglich sein dürfte. Das kaspische Öl bringt nicht nur viel Geld, sondern auch vehemente Einflussnahme der „großen Politik“. Für die BewohnerInnen, Russen, Tschetschenen, Inguschen u.v.a. bedeutet diese Einflussnahme nichts weiter, als dass sie zu Geiseln der „großen Politik“ wurden. Von der einen Seite droht ihnen die abscheuliche Macht der Islamisten, vertreten durch die Mudschaheddin Chatab und Bassaev, sind sie dem Terror dagestanischer u.a. maföser Clans ausgesetzt. Von der anderen die russischen „Punktschläge“: Massendeportationen, ‚Säuberungen‘ und Filtrationslager. Auf die Rolle von Maschadow werden wir weiter unten noch etwas genauer eingehen. Durch die „Chubajs-Privatisierung“ befindet sich fast das gesamte Eigentum der Bergrepublik Dagestan unter der Kontrolle von nicht mehr als 200 Familien, der Oberschicht der Dzhaamat-Bergterritorial-Sippengemeinschaften und der traditionellen muselmanischen sufistischen Tarrikat-Orden. In den Unternehmen dieser Familien sind bis zu 200 000 Menschen beschäftigt. Sie bilden auch das Gros der Privatarmeen, welche die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Clans militärisch durchsetzen sollen. Um dem Ganzen den Hauch einer Verteidigungsstrategie zu geben, nennen sie diese „Volkslandwehr“. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung lebt allerdings in Armut und erhält keinerlei Unterstützung durch die Sippenoberschicht. Und genau hier setzen die Islamistischen Gruppen an. Genau wie im arabischem und südasiatischem Raum bauen sie Sozial-

strukturen auf, die nicht nur die Armut lindern sollen, sondern sich auch subversiv und militant gegen die derzeitigen Herrschaftsverhältnisse richten. Unterstützt werden sie dabei von Saudi-Arabien und den USA, ähnlich wie seinerzeit die Taliban in Afghanistan. Es ist bezeichnend, dass dieses klassische Terrain nicht von linken Strukturen besetzt bzw. jegliche diesbezüglichen Versuche regionaler linken Gruppen entweder im Westen nicht zur Kenntnis genommen - oder aus Gründen einer Phobie vor möglicher mangelnder Political Corectnis „links" liegen gelassen wurden.Zu den genannten politischen und mafiosen Kräften kommt in Tschetschenien auch noch die Klientel des postsowjetischen Regimes, die den gesamten Kaukasus als einen „alt ehrwürdigen Teil Russlands" ansehen. Maschadow (der gewählte Nachfolger des von russischen Raketen getöteten Dudajew) stand lange Zeit für eine von Russland Unabhängige säkuläre autonome Republik. Finanziell unterstützt wurde er dabei von der Türkei, wenn auch nur mäßig. Aufgrund des militärischen Drucks Russlands galt es jedoch eine „breite Einheitsfront" zu schaffen und entsprechende taktische und strategische Arrangements mit den Isalmisten einzugehen. Unter deren Druck war Maschadow gezwungen sein offizielles Einverständnis zur Einführung der Scharia in Tschetschenien zu geben und sich faktisch mit den Überfällen der Clans und Islamisten zu solidarisieren.

Der Krieg im Hinterland

In Russland hat nach den Bombenanschlägen auf Wohnhäuser im Kontext der Konflikte im Kaukasus eine im Allgemeinen antikaukasische- und im Besonderen antitschetschenische Hysterie ihren Höhepunkt gefunden. Es kommt und kam zu Massendeportationen von ‚Personen kaukasischer Nationalität' im Raum Moskau, zeitweise mehr als 4000 Menschen pro Tag. Vieles spricht dafür, dass diese Explosionen vom russischen Geheimdienst selbst inszeniert wurden, auch wenn in fast allen Fällen die unmittelbar Ausführenden in Tschetschenien angeheuert wurden. In einem Fall sind russische Mitarbeiter des FSB (Nachfolgeorganisation des KGB) ‚auf frischer Tat ertappt' worden, als sie kiloweise Sprengstoff in einem Wohnhaus deponierten. Mit der relativen Gleichschaltung der Massenmedien durch das Putinregime ist es weitgehend gelungen einen ethnischen Konflikt zu konstruieren, der zu einer Art „nationalen Konsens" gegen die „Kaukasusstämmigen" geführt hat.

In der offiziellen Propaganda tönt es rund um die Uhr vom „tschetschenischen Terrorismus und Banditentum", dass die Neigung zur Räuberei und Geiselnahme eine ethnische Besonderheit dieser „Banditennation" sei. Natürlich ist die Kriminalität durch diesen Krieg gewachsen. Aber was würde beispielsweise in der Schweiz geschehen, wenn ihre Städte und Dörfer in Ruinen verwandelt wären, die Ökonomie praktisch vernichtet? Mangels normaler Existenzquellen und der sicherlich allgemeinen Verbitterung würden in der Tat nicht wenige auf die Political Corectnis scheißen und ihre persönlichen Probleme wie „Banditen" regeln.

Die russische Linke hat es vor diesem Hintergrund nicht leicht eine klare Front zu ziehen. Aber sie sollte dies auch nicht alleine tun. Erst wenn es gelingt die aktuellen globalen Kolonialstrukturen, die unter dem Deckmantel der Menschenrechte , Zivilisation und Demokratie daher kommen, sichtbarer zu machen, haben auch notwendige politisch-militärische Aktionen der Linken eine Chance. Es kommt darauf an, das Terrain des Sozialen glaubwürdig wieder zu gewinnen und religiösem Fanatismus das Pendant zu stellen. Erste kleine Schritte sind bezüglich Tschetscheniens gemacht. Neben den noch schmalen Protesten in Russland und den humanitären Einsätzen operieren bereits kleine linke Gruppen in den Reihen Maschadows. Es wird nicht nur an ihnen liegen, ob sie damit auch politischen Einfluss gewinnen können. Es bleibt zu hoffen, dass dies Schule macht.

!!:

“Die Russische Linke und der Tschetschenien-Krieg“
Veranstaltung am Montag, den 20.10.03, um 21h

Film - “zvaimi glasami“
am Dienstag, den 21.10.03, um 21h

in der Alhambra-Kneipe

Im Kontext des US-imperialistischen Raubzuges im Irak soll in Tschetschenien eine Verfassungsgebende Versammlung gewählt werden, selbstredend unter russischer Militärmacht. „Imperialistische Kolonialmacht sei Russland geworden" – sagen die einen. „Blödsinn" sagen andere, „Russland wehrt sich gegen die kolonialenAmbitionen des Westens, und der greift an der schwächsten Stelle an". Klar ist jedenfalls, das die USA bereits in allen Kaukasusrepubliken über gewisse Militärstützpunkte verfügen, außer in einem – in Tschetschenien.

Welche historischen Bezüge prägen die doch unterschiedlichen Positionen und Praktiken linker Gruppen in Russland, wenn es um den Kaukasus geht?

Wie sehen die politischen Kräfteverhältnisse im heutigen Russland aus; wie relevant sind die Aktionen der Linken auf das gesellschaftliche Geschehen?

Wie sieht die Dialektik Widerstand - Repression im „Putin-Regime" aus?

Gibt es eine Konzeption der Konzeptionslosigkeit; Ideen für Perspektiven versus dem scheinbar gordischen Knoten der Perspektivlosigkeit?

In der Veranstaltung wird sicherlich keine „Generallinie" vorgestellt, aber möglicherweise kontrovers gestritten; es werden sicherlich keine komplexen Antwortketten zelebriert, aber möglicherweise das Terrain für dringend anstehende Klärungsprozesse abgesteckt, offen für Widersprüche.

„Es werden andere Chilenen kommen...“

Die Rede ist vom 11.9.1973, an dem in Chile die rechtmäßig gewählte sozialistische Regierung der Unidad Populär unter Salvador Allende durch das Militär weggeputscht wurde. Auch dieser 11.9. endete mit von Flugzeugen zerstörten Regierungsgehäuden: der Mo-neda in Santiago de Chile. Der Putsch beendete das dreijährige Projekt eines chilenischen Sozialismus, und er war gleichzeitig der Beginn einer äußerst systematisch vorgehenden und blutigen Diktatur, eine ganze Reihe von Militärdiktaturen in Lateinamerika folgen sollten. Der Putsch war aber vor allem die Voraussetzung für das erste neoliberale Laboratorium der von Milton Friedmann ausgebildeten „chicago-boys“, die mit Hilfe des Diktators General Augusto Pinochet und des sich neu formierenden Kapitals das ganze Programm ihrer Doktrin durchsetzen konnten: Privatisierung der Sozialsysteme und öffentlichen Dienstleistungen, der Bildung, Deregulierung sowie die Zerschlagung von Arbeiter- und Landarbeitergewerkschaften.

Die indische Schriftstellerin Arundhati Roy schrieb 2001: „Die Anschläge vom 11. September waren die monströse Visitenkarte einer aus den Fugen geratenen Welt. Die Botschaft könnte... durchaus unterzeichnet sein von den Geistern der Opfer von Amerikas alten Kriegen... die Millionen, die in Jugoslawien, Somalia, Haiti, Chile, Nicaragua, El Salvador, Panama, in der Dominikanischen Republik starben, ermordet von all den Terroristen, Diktatoren und Massenmördern, die amerikanische Regierungen unterstützt, ausgebildet, finanziert und mit Waffen versorgt haben." Für eine ganze Generation von Linken in der Welt und in der BRD drückt sie das spontane Empfinden an diesem 11.9.2001 aus. Denn dieser 11.9. hob bei vielen einen anderen 11.9. ins Gedächtnis, der von der Verdrängungswut kapitalistischer Hegemonie bereits dem Vergessen anheim gegeben war und jetzt - mit dem 11.9. 2001, der die hegemonialen und imperialen Kriege der kapitalistischen Länder heilig sprechen soll - seine zweite Beerdigung erfährt.

Der Wahlsieg der Unidad Popular

In Chile vollzog sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts die Transformation von einer oligarchisch-spätkolonialen zu einer bürgerlichen Klassengesellschaft. Das neu entstehende Kleinbürgertum war zu großen Teilen im Staatsapparat oder in den Industriebetrieben als kleine und miniere Angestellte beschäftigt und fand leichten Zugang zum öffenüichen Gesundheitssystem, zu Wohnungsbauprogrammen oder zum Bildungs System, während die breite Masse der Volkssektoren erst sehr spät und dann auf sehr geringem Niveau partizipierte und von diesem Wandel profitierte.

Vor diesem Panorama polarisierten sich die politischen Kräfteverhältnisse in Chile. Zur Präsidentschafts wähl im September 1970 traten der Kandidat der Unidad Popular, Salvador Allende, der Christdemokrat Radomino Tomic und der ehemalige Präsident und Kandidat der oligarchischen Kräfte, Jörge Alessandri, an. Die Unidad Popular, ein Bündnis linker Parteien (Radikale Partei, Sozialisten, Kommunisten, die Unabhängige Volksaktion API und die MAPU, eine Abspaltung der Christdemokraten), gewinnt diese Wahlen mit 36% der Stimmen. Schon zu dieser Zeit ist die politische Stimmung in Chile hochhrisant. Die Linke hatte sich weit über das für Chile traditionelle Milieu der organisierten Arbeiterschaft unci der Parteien ausgedehnt: Nachbarschafts-Versammlungen, Frauenvereinigungen, Sportclubs und Künstlerzusammenschlüsse trugen politische Diskussionen in den Alltag, es gab eine Bewegung der revolutionären Linken, den MIR, der sich der UP allerdings nicht anschloss.

Eine andere Welt war Möglich

11. September 1973:

Ein Rückblick

„Die Monate vor der Wahl sind von kaum auszuhaltendem Druck gekennzeichnet. Chile, die Insel der Vernunft, zeigt von Tag zu Tag ein gespalteneres Gesicht. Der Kampf hat über die Jahre hinweg an Geschwindigkeit zugenommen. Jeder Demonstrationszug trifft auf einen Gegenzug, häufig endet das Fest in Polizeigewahrsam oder im Krankenhaus. Die Studenten protestieren gegen die polizeilichen Repressionen, der MIR erhöht die Übergriffe auf Ordnungskräfte ...“ schreibt Fernando Diego Garcfa (1). Und auch die Rechte mobilisierte: Der CIA unterstützte mit Hilfe des Konzerns ITT Allesandri, den Kandidaten der rechten Nationalen Partei, mit 800.000 US-Dollar und initiierte die sogenannte „Schreckenskampagnc“, die deutlich machen sollte, dass eine „kommunistische“ Regierung den Untergang des Landes bedeuten würde.

Aber Chile war schon zu weit in Bewegung geraten. 36% für Allende, 29% für den Christdemokraten Tomic und 34% für Alessandri. Noch aber geben die Rechten nicht auf, denn der Präsident muss mit einfacher Mehrheit vom Kongress bestätigt werden. Unter Führung der CIA wird die Entführung des Oberbefehlshabers Rene Schneider organisiert, um das Militär zum Putsch zu bewegen. Der Plan scheiten. General Schneider wird dabei erschossen, das Militär bleibt zunächst verfassungstreu und am 4. November wird Salvador Allende vom Kongress mit den Stimmen der Christdemokraten als Präsident der Republik bestätigt.

Der Wahlerfolg der UP gründete im fragilen Bündnis der Linksparteien, das von der Arbeiterinnenbewegung und aus den städtischen Armenvierteln unterstützt wurde. Er ist aber auch darauf zurückzuführen, dass Christdemokratie und Nationale Partei im Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Oligarchie politisch so weit auseinander geraten waren, dass sie keinen gemeinsamen Kandidaten aufstellen konnten.

3 Jahre chilenischer Sozialismus

Direkt danach begann die UP, ihr Wahlprogramm umzusetzen. Die wichtigsten Pfeiler dieses Programms waren die Nationalisierung des Kupferbergbaus und anderer in- und ausländischer Unternehmen wie die nordamerikanischen Konzerne ITT und Du Pont; die Kohlebergwerke, der Salpeterabbau und Textil- und Zementfabriken wurden verstaatlicht. Die Nationalisierung des Kupferbergbaus war übrigens auch Bestandteil des christdemokratischen Wahlprogramms gewesen, ebenso wie die Fortführung und Beschleunigung der Agrarreform. In den Jahren der UP-Regierung wurden unter Führung des Landwirtschaftsministers Chonchol, einem ehemaligen Christdemokraten, 2.193 Latifundien mit einer Gesamtfläche von 3.5 Mio. Hektar in Kooperativen überführt oder an Bauern und Mapuche, die UreinwohnerInnen Chiles, zurückgegeben. Ein weiterer wichtiger Bestandteil der sozialistischen Reformen war die Verstaatlichung der Privatbanken durch Aktienkäufe der Regierung, Sozialpolitische Maßnahmen waren die kostenlose tägliche Verteilung von Milch an Kinder bis 15 Jahre: l, 8 Mio. Kinder erhielten zusätzlich ein Frühstück, 680.000 ein Mittagessen. Diese Programme, sowie der Aufbau eines Gesundheitssystems und der Bau von Wohnungen für 100.000 Menschen führten dazu, dass die Kindersterblichkeitsrate 1973 um 20% gesunken war.

Insgesamt war diese Politik im ersten Jahr äußerst erfolgreich; Das Bruttosozialprodukt in Chile wuchs um 7,7%, das Produktionsvolumen um 13,7%, die Arbeitslosigkeit sank von 8.3% auf 3,8% und die Inflationsrate ging von 34,9% auf 22% zurück. Dieser Boom, von dem in erster Linie die Arbeiterklasse und die *pobladores* (Bewohnerinnen der Armenviertel) profitierten, stieß aber schnell an seine Grenzen. Das Ausland, vor allem die USA und die US-Konzerne boykottierten Chile: Kredite wurden gesperrt, Ersatzteillieferungen verweigert und US-Konzerne versuchten sogar, chilenische Kupferlieferungen im Ausland beschlagnahmen zulassen. Die chilenische Bourgeoisie beteiligte sich an dieser „unsichtbaren Blockade“ durch Investitionsverweigerung und Konsum Steigerung. Das Produktionswachstum konnte mit der steigenden Nachfrage nicht mithalten, das Zahlungsbilanzdefizit explodierte und die Devisenreserven schmolzen zusammen. 1972 erhöhte sich die Inflationsrate in Chile auf 163%. Trotz verschiedener Versuche, wie gestaffelter Steuerpolitik, der Einführung von Preiskontrollen oder Maßnahmen gegen den Schwarzmarkt, gelang es der UP bis zu ihrem Ende nicht, diese Entwicklungen aufzuhalten.

Blutiges Ende eines Projektes

Die politische und kulturelle Mobilisierung, die der Wahl Salvador Allendes vorangegangen war, bestimmte noch bis 1973 das Bild der chilenischen Gesellschaft: 1971 gibt es 15.000 Basiskomitees, die die UP unterstützen. Die Preispolitik der UP wird von tausenden „Räten für die Versorgung und Preiskontrolle“ mitgetragen. Im September 1972 schließen sich nach einem Aufruf von KP, PS und dem Gewerkschaftsdachverband CUT 1,5 Mio. Menschen zu Selbstschutzkomitees zusammen. Es kommt aber auch zu illegalen Landnahmen durch Mapuche, denen die Landreform nicht schnell und radikal genug vorangeht; auch Betriebe, deren Eigentümer sich offensiv an der Blockade der UP-Politik betreiben, werden besetzt. Aber spätestens 1972 organisieren sich auch die Unternehmer, und die Mittelschichten stehen der UP zunehmend feindlich gegenüber. Vor allem kleine und mittlere Kaufleute und Unternehmer wechseln jetzt aufgrund von Propagandaeffekten und realen Einkommens Verlusten ihre Haltung zur UP: Es kommt zu Aussperrungen. Betriebs Schließungen und Sabotageakten, so dass sich die Regierung gezwungen sieht, den Ausnahmezustand auszurufen

Im Oklober 1972 reagieren die Lastwagenunternehmer darauf mit einem nationalen Streik, dem sieh auch andere Mittelschichtsgruppen, wie die EinzelhändlerInnen, anschließen. Der Streik endet einerseits mit dem Zugeständnis der Regierung, im März verfassungsgemäße Wahlen durchzuführen, andererseits aber auch mit der Stärkung der *poder popular,*

der „Volksmacht"; Vor allem ArbeiterInnen organisieren sich und nehmen die Produktion, Verteilung und Bewachung von Betrieben in die Hand. In Folge dieses Streiks nimmt Salvador Allende Militärs in die Regierung auf, um der Opposition die Legalität und Verfassungstreue der Regierung zu beweisen. Die Parlamentswahlen im März 1973 enden mit 43,4% für die Regierung. Die Hoffnung der Opposition, Allende legal des Amtes entheben zu können, sind zerstört.

Von diesem Zeitpunkt an zielt die Strategie auf die Beseitigung der Unidad Popular. Am 29. Juni 1973 gibt es einen ersten Putschversuch, der aber an verfassungstreuen Militärs und Polizeikräften scheitert. Die wirtschaftliehe Situation verschlechtert sich weiter, und im August 1973 erreicht die Delegitimations-kampagne der Opposition einen neuen Höhepunkt: Christdemokraten und Nationale Partei erklären die Regierung der UP für nicht mehr verfassungskonform und die Unternehmer organisieren einen neuen Streik.

Kompromiss vs. Autonomie der Bewegungen

Die Strategie der Unidad Popular, den Wandel zum Sozialismus innerhalb der verfassungsgemäßen Ordnung Chiles durchzusetzen, an der Allende bis zum

Schluss festhielt, ist nicht mehr zu halten: Unternehmerverbände und private Organisationen waren mit ihrer Destabuisierungs- und Sabotagestrategie im Kampf um die ideologische Hegemonie immer erfolgreicher geworden. Die USA hatten an ihrer Doppel Strategie der Ökonomischen Dcstabilisierung und der CIA-Unterstützung für oppositionelle Gruppen und Parteien festgehalten und damit die wirtschaftliche Lage verschärft, Innenpolitisch ist allerdings der Kurswechsel der Christdemokratie für den folgenden Putsch entscheidend mitverantwortlich: Ihr linker Flügel ist parteiintern unterlegen, und die neue Führung unterstützt im Jahr 1973 die Umsturzlinie. Auch das bisher verfassungstreue Militär schwenkt in Teilen auf diese neue Koalition ein.

Die letzten Monate der Unidad Popular und Salvador Allendes sind von verzweifelten Versuchen geprägt, das labile politische Gleichgewicht zwischen UP, Christdemokratie und Militär zu erhalten. Seit Monaten wird in der UP über ein Referendum diskutiert, das aber von den Koalitionspatteien abgelehnt wird. Im August tritt der verfassungstreue Oberbefehlshaber des Heeres und Verteidigungsminister General Prats zurück und schlägt als Nachfolger General Augusto Pinochet vor. Allende versucht weiter, mit den anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen wie der Christdemokratie und der Kirche zu verhandeln. Am 9. September entscheidet er sich, eine Volksbefragung über die Zukunft der UP durchführen zu lassen. Am 11. September bombardiert die Luftwaffe den Regierungspalast, die Moneda in Santiago de Chile: Der Putsch wird von Pinochet geführt, jenem General, der noch im Juni des vergangenen Jahres den ersten Putschversuch niedergeschlagen hatte, und der von Allende erst im Vormonat zum Verteidigungsminister ernannt worden war.

Salvador Allende bleibt bis zum Ende im Regierungsgebäude. Seine letzte Rede in Radio Magcllanes endet mit den in der Solidaritätsbewegung berühmt gewordenen Worten: „Ich glaube an Chile und sein Schicksal. Es werden andere Chilenen kommen. In diesen düsteren und bitteren Augenblicken, in denen der Verrat triumphiert, sollen sie wissen, dass sich früher oder später, vielleicht schon sehr bald, erneut die großen Straßen öffnen werden, auf denen der würdige Mensch dem Aufbau einer besseren Gesellschaft entgegengeht. Es lebe Chile, es lebe das Volk, es lebe die Arbeiterklasse."

Der Putsch als neoliberale „Revolution"

Vielleicht kann man die Strategie der UP - und vor allem die Salvador Allendes - als den Versuch eines historischen Kompromisses bezeichnen, der die Legitimation seiner sozialistischen Transformationsprozesse durch die Organisierung der ArbeiterInnenbewegung und der marginalisierten Volkssektoren zu stärken versuchte und vor allem auf die Verfassungstreue des Militärs setzte. Dieser Versuch scheiterte an der Verweigerung des Kompromisses durch Bourgeoisie und Kapital, Er scheiterte aber wohl auch an der strategischen Überbetonung der ArbeiterInnenklasse. Insgesamt bewirkten die Maßnahmen der Massenbeteiligung am gesellschaftlichen Transformationspro-zess zweifelsfrei eine Stärkung der sozialen Rechte weiter Teile der Bevölkerung. Doch *muss* auch gesehen werden, dass das Selbstorganisationspotenzial der *pobladores* oder anderer gesellschaftlicher Gruppen nicht in vollem Maße ausgeschöpft oder oftmals sogar behindert wurde. Paulo Freire z.B. übte zu Recht wiederholt scharfe Kritik an der chilenischen Linken, der er ein ideologisches Verhalten gegenüber den „Volksklassen" vorwarf. Der Unidad Popular bereitete es größte Schwierigkeiten, die strategisch zentrale „Organisierung der marginalisierten Massen" tatsächlich als ein Projekt der organischen Verbindung mit den Basisbewegungen - jenseits der urbanen ArbeiterInnenklasse bzw. deren Funktionärseliten - zu begreifen. Möglicherweise aber hätte eine offensive Entwicklung der Volks-Organisationen zu autonomen TrägerInnen eines revolutionären Prozesses einfach nur viel eher zu einem Militärputsch geführt.
Als die Unidad Popular im September 1973 ihr blutiges Ende fand, ging es der Junta nicht allein um die Ablösung einer Regierung und um die Wiederherstellung der alten Ordnung, also nicht um eine Konterrevolution, sondern um die Zerschlagung der gesellschaftlichen Dynamik, die den Sozialismus chilenischer Prägung überhaupt erst hervorgebracht hatte. Die Militärs gaben die Macht nicht wieder an die klassischen Eliten zurück, sondern übertrugen auf Anraten ihrer ideologischen Helfer die wirtschafts-polilischen Kompetenzen an junge chilenische Technokraten, die bei Milton

Friedman in Chicago ausgebildet worden waren. Diese fanden in Chile eine optimal hergestellte Laborsituation vor: Demokratische Parteien, gewerkschaftliche Organisationen und Berufs verbände waren eliminiert worden oder standen wie Universitäten, Zeitungen, Radio- und Fernsehsender unter Kontrolle, Unter diesen Bedingungen setzten die „Chicago-Boys" ihre neoliberalen Experimente an: Deregulierung *des* Kapitalmarktes, Abbau von Schutzzöllen oder Streichung von Subventionen. Die Rolle des Staates in der Wirtschaft wurde sukzessiv auf ein Minimum beschränkt. Chile nahm wieder seinen Platz in der kapitalistischen Weltokonomie als Exporteur preiswerter Rohstoffe und Anbieter kostengünstiger menschlicher Arbeitskraft ein.
Diese Zäsur initiierte tief greifende gesellschaftliche Wandlungsprozesse, die das heutige Chile prägen und allein von den politisch „neutralen" Militärs durchgeführt werden konnten, denn auch die alte Rechte hatte keine Antwort auf die beschleunigte Globalisierungs-dynamik des Kapitals und die Krise des auf Importsubstitution basierenden nationalen Entwicklungsmodells: Der 11. September 1973 war der Startschuss für das weltweit erste neoliberale Modell - aber trotz aller Widersprüchlich-keiten der UP steht dieser T a g auch für die Erinnerung daran, dass eine andere Welt möglich war.

Anmerkung:
1) Fernando Diego Qarcla, Oscar Sda (Hg.): Allende: Das Ende einer Ära. Benin *1998.* Autbau-Verlag

Michael Ramminger / Wigbert Flock
Institut für Theologie und Politik
Münster

aus **ak** Nr. 475

shows at ALHAMBRA

So **5.10.** GARRISON (usa) / SETTLEFISH (Italien)
20:00 Uhr
Di **14.10.** FUNERAL DINER (usa) / MALLORYS LAST DANCE **20:00**(hb)
So **16.11.** KAOSPILOT (Norwegen) / AMICAL (Schweden) / THE ORDINARY ME (d) **20:00**
Di **2.12.** LACK (dk) + support

Garrison aus Boston/ usa sind ja bei uns auch keine Unbekannten mehr, vielleicht erinnern sich einige an ihr letztes Gastspiel im Alhambra. Garrison haben mittlerweile 3 Alben veröffentlicht (u.a. auf dem einschlägig bekannten Label Revelation Records), auf denen sie ihren mal krachigen, mal schrägen und dennoch immer schick melodischen Post-Punk/HC Sound immer weiterentwickeln.

FUNERAL DINER aus dem sonnigen Kalifornien machen alles andere als Musik für sonnige Gemüter. Hier gibts ein düsteres Gebräu aus schreiigem Emocore alter Schule, URANUS-Mässigem Gebruzzel und bedächtigen, ruhigen Parts. An der Releasefront waren die Herren auch schon sehr fleissig, Split LP's mit NEXUS, THE SHIVERING und STAIRCASE, eine LP („difference of potential") und dann die letztjährige „the wicked" EP sowie eine Split 7" mit der famosen leipziger Band ZANN. Bereits letztes Jahr spielten FUNERAL DINER in unseren Landen und auch im Alhambra, wo u.a. die ganze RRR Crew sie fest in ihr Herz schloss! Daher freuen wir uns mal ganz besonders drauf sie wiederzusehen!!

Es muss nicht immer MST sein...

Brasiliens Landarbeiterinnen mobilisieren für großen „Sternmarsch der Margeriten“

Landarbeiterinnengewerkschaft MMTR {Movimento de MulheresTrabalhadoras Rurais - Bewegung der Landarbeiterinnen) erneut ihren „Sternmarsch der Margariten“ - so benannt nach der 1983 ermordeten Gewerkschafterin Margarida Maria Alves (siehe Kasten). Sie wollen damit ihren Forderungen Nachdruck verleihen, die weit über die Forderung nach einer Agrarreform - wie sie die MST fordert - hinaus gehen. Als eine Frauengewerkschaft arbeitet sie vor allem für die Würde der Frauen im ländlichen Brasilien.

Alle kennen die rote Fahne mit dem grünen Konterfei Brasiliens, mit einem Machete schwingenden Bauern und der an seiner Seite stehenden Frau. Dank einer hervorragenden Öffentlichkeitsarbeit und einer zentralen Organisation, ansässig im urbanen Süden Brasiliens, kann das MST niemand übersehen. Aber wer kennt schon die MMTR und die Marcha das Margaridas? Die MMTR ist eine Gewerkschaft für Landarbeiterinnen - ausschließlich von Frauen organisiert. Und bei dem „Sternmarsch der Margeriten“ handelt es sich um die bisher größte landesweite Mobilisierung der Landarbeitennnen und Kleinbäuerinnen. Im Gedenken an die Gewerkschaftsführerin Marganda Alves (Siehe Kasten) kamen im August 2000 knapp 20.000 im ländlichen Raum arbeitende Frauen nach Brasilia. Ihr Protest galt dem Hunger, der Armut und der Gewalt, die zu sehr ihren Alltag bestimmen. Die Frauen der MMTR verstehen sich als unabhängige Bewegung, gewerkschaftsnah, aber autonom in ihrer Organisierung, in ihren Entscheidungen und Forderungen. Mit dem MST gibt es kaum Berührungspunkte, denn die politischen Visionen und der Weg dorthin sind zu verschieden. Dieses Jahr am 26. August hoffen die Veranstalterinnen die Teilnehmerzahl der Marcha zu verdoppeln. Das blumige Outfit der Frauen steht dabei in scharfem Gegensatz zu ihrer deutlichen Kritik an der Agrarpolitik sowie ihren klaren Forderungen nach Land, Wasser, einem würdigen Gehalt, Gesundheitsversorgung und einem Ende der sexistischen Gewalt, Lautstark soll darauf aufmerksam gemacht werden, dass die 19 Millionen Landarbeiterinnen eine wichtige Stütze der PT-Regierung sind und von Lula deutliche Zeichen für eine Wende in der Agrarpolitik erwarten.

Für mehr als „nur“ eine Landreform

Die Geschichte der Organisierung der auf dem Land arbeitenden Frauen ist bereits über zwanzig Jahre alt. Mit dem Ende der Diktaturknüpften die Landarbeiterinnen an die Kämpfe um soziale Gerechtigkeit der brutal unterdrückten Ligas Camponesas an, l98l / 82 begannen in verschiedenen Staaten des Nordostens wie Pernambuco und Paraiba, erstmals Frauen sich autonom zu organisieren und für eine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen einzusetzen. Landbesetzungen waren damals wie heute letztes Mittel im Bemühen um soziale Gerechtigkeit. Denn anders als beim MST steht für die Frauen des MMTR nicht die Landfrage im Vordergrund sondern ihr „Empowerment“, ihre Selbstbestimmung. Natürlich wird keine der frauenbewegten Kleinbäuerinnen vergessen, die Landreform zu erwähnen, wenn man sie nach ihren Forderungen fragt. Aber sie nennt sie in einem Atemzug mit dem Kampf für den Zugang zu Wasser, zu Gesundheitsversorgung, zu kleinbäuerlichen Fördermaßnahmen sowie dem Wunsch nach einem würdigen Einkommen und dem Respekt vor ihrer Arbeit und Person. Die Bewegung der Landarbeiterinnen existiert in ganz Brasilien und besteht aus einem Netzwerk von unzähligen Klein- und Kleinstgruppen, wobei der Nordosten mit rund 800 solcher Vertretungen über eine besonders hohe Organisationsdichte verfügt. In den frühen 80er Jahren-

während einer jahrelangen Dürre begannen die Frauen sich zu organisieren, um für bessere Hilfsmaßnahmen zu streiten, Denn Frauen hatten keinen Zugang zu den Notbeschäftigungs-programmen der Regierung, der einzigen Arbeits- und Einkommensquelle während der Trockenheit. Für einen halben Mindestlohn im Straßen- und Brunnenbau arbeiten zu dürfen, das war das Ergebnis ihres ersten gemeinsamen Kampfes.

Als Frauen nicht mehr ernst genommen wurden

Dass sich die Frauen separat versammelten lag zunächst daran,
dass die Gewerkschaften sie nicht ernst nahmen und ihnen teilweise sogar die Mitgliedschaft verweigerten. Was als Krisentreffen begann, wurde bald zu einem regelmäßigen Austausch. Auf ihren Treffen behandeln sie alle Themen, die das Leben der Frauen bestimmt: wie das tägliche Überleben der Familie organisiert werden kann und dass die Mehrfachbelastung der Landfrauen nicht wertgeschätzt wird. Aber auch konkrete Kampagnen zurVerbesserung der rechtlichen und damit auch sozialen Situation der Landarbeiterinnenwerden besprochen und durchgeführt. Im Austausch mit der städtischen Frauenbewegung machten die Frauen auch Fragen der Gesundheit, insbesondere reproduktive Rechte und selbstbestimmte Sexualität zum Thema, Den Großteil ihrer Arbeit macht aber die alltägliche gegenseitige Hilfe aus: in basisdemokratischen Netzwerken tauschen sie Informationen über den Zu-stand der Böden und die Wasserversorgung aus, Außerdem kümmern sie sich um den Aufbau von Schulen und machen Sendungen in kommunalen Radios.Das Hauptproblem der Landarbeiterinnen des Sertao liegt nicht zuletzt darin, dass sie kaum über eigene Produktion und vermarktbare Waren verfügen. Anders als beispielsweise bei den Sammelwirtschafterinnen des Nordens machen die periodische Trockenheit, der fehlende Zugang zu Land, Wasser und Vermarktungsmöglichkeiten jegliche Chance auf selbstständige Einnahmequellen zunichte.
Die Folge ist eine massenhafte Migration in die Städte vor allem des Südens, wo die Frauen meist als Hausangestellte arbeiten und die Männer im Baugewerbe, vorausgesetzt sie bekommen überhaupt eine Arbeit. Die Bevölkerung des Sertao ist geschwächt durch Mangelernährung auf Grund von Dürreperioden, Aber auch eine ausreichende Gesundheitsversorgung fehlt genauso wie ein adequates Bildungssystem. Klientelismus und Unterwürfigkeit gegenüber den Gutsbesitzern charakterisieren das Verhältnis der Bevölkerung zu den politisch Verantwortlichen.
In dieser Hinsicht hat das MMTR am aller meisten geleistet: Die hier organisierten Frauen trauen sich den Mund auf zu machen, sie hinterfragen staatliche Politik und Maßnahmen der öffentlichen Hand, von denen sie ausgeschlossenwerden: Wenn öffentliche Bewässerungsanlagen auf privatem Gelände gebaut werden oder wenn Frauen in Programmen der Agrarreform nicht berücksichtigt

werden. Sie fordern die Versorgung „trockener Dörfer“ mit Wassertankwagen oder die korrekte Auszahlung von Hilfsgeldern wie z.B. bolsa escola (Schulgeld) oder valegas (Gutscheine für Gas) für bedürftige Familien. Und sie haben mit eigenen Ideen bewiesen, dass Desertifikation und Hunger kein Schicksal sind sondern menschengemacht und veränderbar. In Zusammenarbeit mit kirchlicher und internationaler NRO-Unterstützung haben die MMTR-Frauen nicht nur beachtliche Bildungsarbeit geleistet sondern mit einfachen Maßnahmen bewiesen wie konkrete Verbesserungen in der Wasserversorgung und Ernährung möglich sind. Convivencia com a seca - Zusammenleben mit der Trockenheit, nennen sich Schritte wie das Auffangen von Regenwasser, der Versuch kleine Wasserbecken anzustauen, Bachbetten zu säubern und Ufer zu bepflanzen und trockenresistentes Obst und Gemüse anzubauen.

Lateinamerika Nachrichten 351/352 * September/Oktober 2003

Margarida Maria Alves

Die Gewerkschaftsführerin Margarida Maria Alves war 50 Jahre alt, als sie am l I.August 1983 von Auftragsmördern erschossen wurde. Sie hatte eine Woche vor ihrem Tod vergeblich um polizeilichen Schutz gebeten. Alves war unbequem, Sie rüttelte im Bundesstaat Paraiba an dem Machtapparat der Gutsbesitzer, die mit ihrem Landbesitz und ihren Zuckerfabriken die Lebensbedingungen der Bevölkerung ebenso wie deren politischen Spielraum bestimmen. Mittelalterlich anmutende Zustände im Umgang mit den Tagelöhnern, die in völliger Abhängigkeit, zu Hungerlöhnen und ohne jegliche soziale Absiche-rung der Willkür der Besitzer aus-geliefert sind, veranlassten Alves und andere dazu, sich zu wehren. 12 Jahre lang engagierte sich Margarida Alves und zeigte Groß-grundbesitzer, denen sie Ausbeu-tung von Arbeitskräften und Missachtung der Arbeitsgesetze vorwarf, beim Arbeitsministerium an. Als eine von wenigen Frauen in der Gewerkschaftsstruktur setzte sie sich insbesondere für die berufliche Anerkennung der Arbeit der Landarbeiterinnen ein, die bis dahin ausschließlich als „Hausfrauen“ galten. 18 Jahre hat es gedauert bis 2001 der Mordfall Alves überhaupt vor Gericht kam. Entsprechend enttäuscht reagierten die Land-arbeiterinnen dann auf die Entscheidung des Geschworenengerichts von Paraiba, das mit fünf gegen zwei Stimmen den des Mordes angeklagten Großgrundbesit-zerjose Buarque de Gusmäo Ne-to freisprach. Ende 2002 wurde das Urteil vom Obersten Gerichts-hof bestätigt. „Es ist als würde sie noch einmal ermordet“ entrüsteten sich die angereisten Unterstützerinnen vor dem Gerichtsgebäude. Dennoch, der Freispruch des wirtschaftlich und politisch einflussreichen Arzt und Unternehmers kam nicht unerwartet. Die Repression, der Zeugen und Geschworene ausgesetzt waren, und die Furcht vor „Zito“ Buarques Milizen, zeigen, dass sich an den Machtstrukturen in Paraiba wenig geändert hat. Buarque ist für seine Kaltblütigkeit, mit der er sich politischer Gegner entledigt, bekannt und tatsächlich kann niemand den sieben Geschworenen garantieren, dass es sie nicht treffen wird. Fehlende Strafverfolgung ist in Brasilien ein schwer wiegendes Problem. Die Menschenrechtsorganisation Justica Global betreut seit einigen Jahren Fälle gefährdeter bzw. verschwundener Landarbeiterinnen in Paraiba. Der Fall Margarida Alves wird auch von der Kommission für Menschen-rechte der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) verhandelt. Sie könnte die brasilianische Regierung für Verbrechen an den Menschenrechten verurteilen,

Voll krasse Bildung

aus der jungle world gestohlen, Nummer 39 vom 17.9.03

Wissen ist eine Ware, doch die Kritiker dieses Umstands partizipieren an ihr

von martin krauss

Da konkurrieren Privatuniversitäten auf dem Bildungsweltmarkt, indem sie hoch qualifizierte Arbeitskräfte produzieren. Da öffnen sich die staatlichen Universitäten der Drittmittelforschung und freuen sich über Institute, die ihnen von Firmen eingerichtet werden. Da kämpfen Hochschullehrer um Gelder für ihre Forschung und um Kontakte für ihre Studenten, damit die auch ja, wie es immer so schön heißt: praxisnah ausgebildet werden. Da schreiben Schulen Bettelbriefe, damit ihnen, gerne auch gegen Werbung, ein Computersaal eingerichtet wird oder wenigstens eine leidlich akzeptable Dusche in der Sporthallenumkleide.

Das alles sind für hiesige gesellschaftliche Verhältnisse recht normale Abläufe, und wer wollte sich darüber beschweren? Schule und Hochschule bilden für das Leben aus, und das gibt es nur unter den jeweils vorgefundenen gesellschaftlichen Verhältnissen.

Es ist ja weiterhin richtig, in Schule und Universität repressive Institutionen oder ideologische Staatsapparate zu erkennen. Und doch verweigert sich gerade einer, der in solchen Begrifflichkeiten spricht, nicht der Bildung: nicht der Fähigkeit, mit der mikroelektronischen Entwicklung mitzuhalten und via Internet zu kommunizieren. Auch nicht der Fähigkeit, zumindest Englisch als Fremdsprache zu beherrschen und, wenn es um weitere wünschenswerte Sprachkompetenzen geht, eher an Französisch, Italienisch oder Spanisch zu denken denn an etwas so Weltmarktinkompatibles wie Albanisch oder Kisuaheli. Und auch nicht der Fähigkeit, den diffizilen Alltag in einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft zu bewältigen, wenn es um die Steuererklärung oder das Zahlen mit der Kreditkarte geht.

Solches Wissen zu verweigern, weil es doch nur oder zumindest vorwiegend aus ökonomischen Interessen gelehrt wird, wäre nicht nur albern. Es wäre auch schier unmöglich.

Denn wer die Hochschule besucht, um dort gegen den Zugriff des Kapitals auf die Freiheit der Forschung zu protestieren, hat ja immerhin diesen Zugang zu den Stätten der Wissensproduktion schon geschafft, also jede Menge Bildung intus.

Das unterscheidet ihn von nicht gerade Wenigen in seiner Generation, die nicht nur keine Bildung haben, sondern oft auch noch anders aussehen.

Etwa vierzig Prozent der Migranten in Deutschland sind ohne Berufsabschluss, etwa zwanzig Prozent von ihnen sind sogar ohne Hauptschulabschluss.

Was fürs linke und linksliberale Milieu gern gesehener Anlass ist, über Kanaksprak aus »krass«, »voll konkret« und »ey, Alter« zu lachen, zeigt doch, dass auch hier die Vielfältigkeit dieser Gesellschaft nicht zur Kenntnis genommen wird.

Ohne Übertreibung: Die beinah einzige Chance zum sozialen Aufstieg für Millionen Migrantenkids besteht darin, bei RTL als Superstar entdeckt zu werden oder einen Vertrag als Profiboxer zu erhalten.

Weil kaum einer zur Kenntnis nimmt, dass es nicht-deutsche Schüler gibt, für die Wissensvermittlung oft viel besser auf Türkisch oder Arabisch funktionierte, gibt es auch kaum nicht-deutsche Studenten.

Es gibt ja auch kaum türkische Fernsehmoderatoren oder arabische Schlagerstars. Nicht mal in der Fußballbundesliga oder dem Bundestag, die nun wirklich vorgeben, Repräsentanz der Gesellschaft zu sein, gibt es einen nennenswerten Migrantenanteil.

Mag also sein, dass die Wissensproduktion im Dienste des Kapitals erfolgt. Aber es ist doch Wissen, das da produziert wird, und an dem können die, die gegen den Kapitalzugriff protestieren, zumindest teilhaben. Wissen ist also immer noch Macht, und die sollte vielleicht doch besser allen gehören.

Zu den geplanten Kürzungen an der Oldenburger Uni

„Friss die Hälfte" oder Amputation?

„Einem Menschen, der abspecken soll, amputiert man auch nicht seine Gliedmaßen" konstatierte der Dekan der Fakultät IV Sukale gegen Ende einer *von* ihm initiierten Informations- und Diskussionsveranstaltung zu den geplanten Fächer- und Studiengangsschließung im Bereich Human- und Gesellschaftswissenschaften. Das ist einerseits zwar natürlich brillant erkannt, zeigt andererseits aber auch, dass er, wie der Großteil der anderen Betroffenen (von den jetzt nicht Betroffenen ganz zu schweigen), die tatsächliche Problematik verkennt. Um in seinem Bild zu bleiben: Die Frage ist gar nicht so sehr, ob Gliedmaßen amputiert werden (und schon gar nicht auf welche Weise), sondern weshalb überhaupt abgespeckt werden soll.

Warum erst jetzt?

Vor einigen Jahren schon kündigte der damals gerade gewählte Präsident der Universität Grubitzsch (zum Beispiel gegenüber dem studentischen Radio im Offenen Kanal) offen an, es werde in den kommenden Jahren definitiv zu Fächer- bzw. Studiengangsschließungen kommen. Da es aber damals keine direkt Betroffenen gab (Grubitzsch hütete sich selbstverständlich, konkretere Aussagen zu machen; konnte er wahrscheinlich auch gar nicht), gab es auch keinen Aufschrei. Alle hielten einen Moment die Luft an und gingen dann zum Tagesgeschäft über. In den darauf folgenden Jahren wurde die Universität immer wieder von drastischen Kürzungen der Gelder vom Land Niedersachsen erschüttert, eine Analyse der Gründe dafür hielt aber offensichtlich niemand für notwendig. Zu den Studiengangsabwicklungen und Fächerschließungen ist es bisher trotzdem nicht gekommen, was vermutlich mit daran liegt, dass das Präsidium um Grubitzsch den größten Teil seiner Amtszeit damit verbrachte, sog. „Leuchttürme" auszubauen. Seine strategischen Überlegungen dazu dürfte er natürlich nie vollständig offen gelegt haben, aber von dieser Art der Profilbildung nichts gewusst zu haben, das kann wohl niemand an der Universität für sich behaupten. Und dass die Förderung bestimmter, gerade moderner Disziplinen die Vernachlässigung anderer mit sich bringt, das liegt auf der Hand. Bevor also Teile der Universität ganz abgewickelt werden konnten mussten die Leuchttürme hell in die Region und darüber hinaus leuchten. Vielleicht ist es mittlerweile eben so weit, dass das „Profil" der Universität so geschärft ist, dass es die Geistes- und Humanwissenschaften eben nicht mehr braucht. Oldenburg, das soll stehen für hochklassige Lehrerinnenausbildung und Naturwissenschaften von Weltruf. Ob das aber so aufgeht...

Es gibt aber natürlich weitere Gründe dafür, dass die Schließungen gerade jetzt angekündigt werden. Seit letztem Jahr gilt ein neues Niedersächsisches Hochschulgesetz (NHG), mit ihm gewann die Position des Präsidenten eine große Zahl zusätzlicher Befugnisse und Entscheidungsgewalten. War es vorher noch dem Senat vorbehalten, über die Öffnung und Schließung von Studiengängen *zu* entscheiden, so liegt dieses Befugnis nun alleine beim Präsidenten, ebenso wie die strategische Planung der Ziele der Universität. (Dass im Rahmen dieser sog. Zielvereinbarungen schon beschlossene Sache ist, dass bis 2007 alle Diplom- und fast alle Magisterstudiengänge abgeschafft und durch Bachelor- und Masterstudiengänge ersetzt werden, dürfte auch noch viele aus ihren Träumen reißen.) Jetzt ist das neue NHG auch strukturell soweit umgesetzt, dass Grubitzsch diese Entscheidung treffen kann, ohne dass der Senat oder ein anderes Gremium der Universität mitreden darf. Zu jedem früheren Zeitpunkt hätte die Diskussion wohl jeden seiner Pläne zunichte gemacht, gerade wenn es um Entscheidungen über die immer noch recht stark vertretenen Geisteswissenschaften geht. Vielleicht hätte er sich aber sogar noch ein klein wenig mehr Zeit gewünscht. Dass die immer noch recht neue CDU-Landesregierung gerade vor wenigen Wochen ein neuerliches Sparziel für die Universitäten Niedersachsens verkündete setzte das Präsidium auf jeden Fall unter einen zeitlichen Druck. Mit zwischen zwei und drei Millionen Euro weniger muss die Uni Oldenburg vermutlich jährlich haushalten, über das wie und wo muss noch in diesem Jahr Rechenschaft abgelegt werden, bereits am 1. September will Grubitzsch dem Minister in Hannover mitteilen, wie die Abwicklung geregelt wird.

Diskursfreie Entscheidungen

Die Art und Weise, wie *das* Präsidium nun diese Entscheidung getroffen hat, ist nicht neu. Seit Inkrafttreten der NHG-Novelle musste sich die gesamte Hochschulöffentlichkeit daran gewöhnen, dass Entscheidungen in kleinen Runden (wenn überhaupt) angekündigt werden und nur auf Umwegen und mit Verzögerung die Betroffenen erreichen. Zum einen werden Entscheidungen autonom und diskursfrei getroffen, zum anderen wird die Informationspolitik des Präsidiums dieser Autonomie nicht gerecht. So informierte in diesem Fall nicht etwa der Präsident die betroffenen Fächer, sondern der Dekan aus

eigenem Antrieb. Dazu bat der Präsident ausdrücklich darum, die breitere Öffentlichkeit nicht zu informieren. Zum Antrittsbesuch des Ministers Stratmann am 7. August wurden potentielle Störenfriede gar nicht erst eingeladen, damit das Thema ja nicht zur Sprache kommt. Drei Wochen Zeit gibt das Präsidium nun also den Fächern, sich zu überlegen, wie sie ihre Studiengänge abwickeln, ein unglaublicher Affront. Und eine deutliche Aussage über die diskursiven oder demokratischen Fähigkeiten Grubitzschs.

Affirmation is King

Womit wir wieder bei dem Beispiel der Amputation sind. Die Diskussion an der Uni dreht sich alleine um die Frage, wie dieses von Minister Stratmann formulierte Sparziel erreicht werden kann, sogar die jetzt von den Schließungen bedrohten Fächer haben schon Alternativvorschläge erarbeitet. In dieser rein affirmativen Strategie unterscheiden sie sich dann wieder kein bisschen vom Präsidenten selbst. Dass es den Hochschulrektoren und -präsidenten in der gesamten Zeit der Regentschaft von SPD-Bildungsminister Oppermann und auch jetzt unter CDU-Minister Stratmann nicht gelang, eine Strategie zu entwickeln, gegen die ständigen Kürzungen im Wissenschaftsbereich vorzugehen ist ihr allergrößtes Versäumnis - aber vielleicht wollten sie es ja auch gar nicht.
Niemand stellt – auch in der momentanen Situation nicht – die Frage, warum eigentlich die Universitäten abspecken müssen. Seit Jahren werden sie nun schon durchsetzt von neoliberalem Gedankengut, findet Universitälsplanung nur noch unter Gesichtspunkten der Profilbildung, des Wettbewerbs, der Internationalisierung (die letztendlich aber auch nur den Wettbewerb meint weil sie einerseits die Studierenden fit machen soll für den globalen Arbeitsmarkt und andererseits Hochschulen auch über Landesgrenzen hinweg um WissenschaftlerInnen, Drittmittel und Studierende konkurrieren), der Quantifizierung von Leistung (Lehrender wie Studierender) über Evaluationen und indikatorengesteuerte Mittelvergabe. Parallel dazu wurde aus Bildung Ausbildung. Bildungsideale, Qualität der Lehre, kritische Reflexion des eigenen Tuns und (bzw. in) der Gesellschaft etc., alles Dinge die in der strategischen Planung keine Rolle spielen.
Ihr Unverständnis über die Einstellung des eigenen Studiengangs machten die meisten InstitutsdirektorInnen daran fest, dass sie in der vergangenen Zeit doch immer Reformwilligkeit - d.h. Bereitschaft zu Studiengangsreformen oder Modularisierung, Bachelor-Einführung und Akzeptanz von Stellenstreichungen bewiesen hätten. Und so läuft es genaugenommen bei allen von außen an die Universität herangetragenen Themen. Bachdor/Master, Bologna, Credir-Systeme, Studiengebühren usw. usf. stellen nicht hinterfragbare Aufgaben und Prozesse dar und bleiben undiskutiert. Wie viel der Diskurs bringt zeigt ein Beispiel aus den Sozialwissenschaften: Dort wollte der Dekan vor einigen Jahren einen *Bachelor of Social Sciens* einführen, ein von der Fachschaft angeregter Diskussions- und Reflexionsprozess bewirkte, dass viele Lehrende ihre fatalistische Sicht aufgaben und das ganze letztlich verhindert werden konnte. Wenn den Sozialwissenschaften diese bewusste Entscheidung jetzt zum Strick gedreht werden sollte wäre das natürlich doppelt schlimm, stellt es doch jede selbständige Entscheidung unter Strafe.

Heute Top, morgen Flop

Dass in Zeiten des beschleunigten Strukturwandels nun gerade die Geisteswissenschaften dran glauben müssen ist natürlich besonders bitter, passt aber ins Bild. Es darf daran erinnert werden, dass Anfang/Mitte der neunziger Jahre die Wirtschaftswissenschaften genau die schlechten Abschlusszahlen hatten, die heute eben anderen vorgehalten werden. Die Studiengänge standen in der allgemeinen Kritik, wirkten nicht mehr zeitgemäß. Heute haben ausgerechnet die Wirtschaftswissenschaften die besten Abschlusszahlen. Ähnliches gilt für die Naturwissenschaften, die lange Zeit für einen Klotz am Bein gehalten wurden. Heute strahlen die Leuchttürme besonders von Wechloy aus. Das ein Unipräsident heute die Möglichkeit hat, nach dem *hire and fire* Prinzip zu agieren darf also beunruhigen. Gerade in Bezug auf die profilbildenden naturwissenschaftlichen Leuchttürme steht zu befürchten, dass sie so lange nicht strahlen werden. Schließlich sind das meist sehr modische Sludiengänge bzw. Forschungszweige, ihr jeweiliger Wegfall kann dramatische Auswirkungen haben. Wie schnell das gehen kann mit nicht mehr dem Zeitgeist entsprechenden Studiengangen zeigt nicht zuletzt das Beispiel der Jüdischen Studien. Auch sie wurden kürzlich fast abgewickelt weil sie offenbar nicht mehr in eine Zeit des neu aufkommenden perfiden Antisemitismus passen. Man stelle sich vor, 2006 übernimmt die CDU die Bundesregierung und unterstützt die Atommafia von neuem- alle Studiengänge, die mit Regenerativen Energien zu tun haben (wie in Oldenburg) könnten zumachen. Nicht weil das Thema uninteressant wird, sondern weil der Arbeitsmarkt (und dem ist die Universität von heute hörig) wegbricht. Und auch die Begeisterung für LehrerInnenausbildung wird in Zukunft sicher wieder sinken, dafür sorgt alleine schon die Demographie (und viel schneller wohl das Faktum, dass in Oldenburg Sport nicht mehr als Fach angeboten wird). Und dann? Geisteswissenschaften weg, LehrerInnen werden nicht gebraucht, weil eine ganze Generation die Stellen auf Jahre besetzt hält, Leuchttürme erloschen. Die Pädagogik und Lehramtsausbildung ohnehin schon unattraktiv, weil wichtige Fächer wie Psychologie und Soziologie nur noch als Zulieferinnen funktionieren und somit nicht unbedingt anziehend wirken auf junge kreative Wissenschaftlerinnen. Perspektive? Nun ja...
Ganz nebenbei stellt die geplante Schließung verschiedener Fächer natürlich die Zukunft zahlreicher Postgraduierter in Frage. Eine Promotion beispielsweise bei den Lehrenden, zu denen man ein gutes Verhältnis entwickelt hat, kommt für viele wohl kaum mehr in Frage. Einen Einstellungsstop (auf unbestimmte Zeit) für wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Personal hat der Präsident schon jetzt verhängt, und das, obwohl die Verwaltung jetzt schon ächzt (und dank der Vervielfachung des bürokratischen Aufwands durch die massive Bachelor/Master-Einführung in der kommenden Zeit weiter belastet wird) und der Mittelbau schon jetzt kaum mehr existiert Auch eine Art von Amputation...

Jan Kühnemund
geklaut aus **morgenröte**
Ausgabe 2 - August 2003

Veranstaltung

zum §129a - Verfahren in Magdeburg

Leute der Oldenburger Rechtshilfe erzählen über den aktuellen Stand des Verfahrens, die Geschichte des §129a und den Widerstand dagegen. Außerdem findet anschließend die Vorbereitung zur Demo am 25.10. in Magdeburg gegen die Inhaftierung von Marco, Daniel und Carsten statt.

am: Do. 16. 10.

im: alhambra

um: 19.00 h

eine Veranstaltung der Oldenburger Rechtshilfe

rechtshilfe comix Teil 3

AM BESTEN BILDET IHR VORDER DEMOBEZUGSGRUPPEN MIT MENSCHEN DENEN IHR VERTRAUT GEBT EUCH EINEN BLÖDEN RUFNAMEN DAMIT IHR EUCH IN DER MENGE WIEDER FINDET. SPRECHT AUF JEDEN FALL AB WER WAS MACHEN WILL UND WER WAS NICHT. BLEIBT AUF DER DEMO ZUSAMMEN UND PASST AUFEINANDER AUF SO GEHT KEINER VERLOREN

2003

oktober

Do.	2.10.	21:00	Konzert mit Sencillo + Das Gelbe Haus
Fr.	3.10.	21:00	Frauen-Band-Festival: Hornissen + Weibrations +Venus Envy
Sa.	4.10.	22:00	Homophilias
Do.	9.10.	22:00	Ersti-Party (Fachschaft Bio)
Fr.	10.10.	23:00	Tatort Tanzfläche
Sa.	11.10.	22:00	FrauenLesben-Disco
Di.	14.10.	21:00	RedRedRed Konzert: Funeral Diner (usa)+ Raketenjungs (hh) + Mallorys Last Dance (hb)
Do.	16.10.	19:00	VA zum 129a-Verfahren in Magdeburg
		22:00	Solikonzert gegen uni-kürzungen: the peers + bad nenndorf boys + bardrive
Fr.	17.10.	23:00	Klangquelle Goa-Party
Sa.	18.10.	22:00	Männerfabrik
So.	19.10.	22:00	Konzert
Mo.	20.10.	21:00	VA zur linken in Russland und dem Tschetschenienkrieg
Di.	21.10.	21:00	Film zum Tschetschenienkrieg
Do.	23.10.	22:00	Fachschaftsparty Sonderpädagogik
Fr.	24.10.	21:00	Rock-Punk-Konzert
Sa.	25.10.	22:00	Rosa Disco
Mo	.27.10.	20:30	2 years ago: das Filmchen zum Naziaufmarsch in OL
Do.	30.10.	22:00	Fachschaftsparty Anglistik
Fr.	31.10.	22:00	Konzert Heidiland + don't nod

november

Sa.	1.11.	22:00	Lesbischwule Mottoparty
Fr.	7.11.	22:00	Projekt Freiraum Goa-Party
Sa.	8.11.	23:00	FrauenLesbenDisko
Do.	13.11.	22:00	Crush hour concerts: Ilse Lau + les omores + suomo cam

regelmässige termine:

Wöchentlich:
Mo. 18.00 Archiv
Mo. 18.00 Crush Hour Concerts
Mo. 20.30 Antifa - Cafe
Do. 17.00 Jugencafe „Kaluppe"
Do. 18.00 Infoladen Metropole
Do.19.00 Vokü
Do. 21.00 Oldenburger Rechtshilfe
Monatlich:
1. Mi. 20.00 Frauenlesben Kneipe
1. Do. 21:00 Jazz-Cafe
2. Do. 21:00 Sansibar-Kneipe
2. Do. 20.00 Politische Werkstatt
2. Fr. 20.30 NutzerInnenplenum